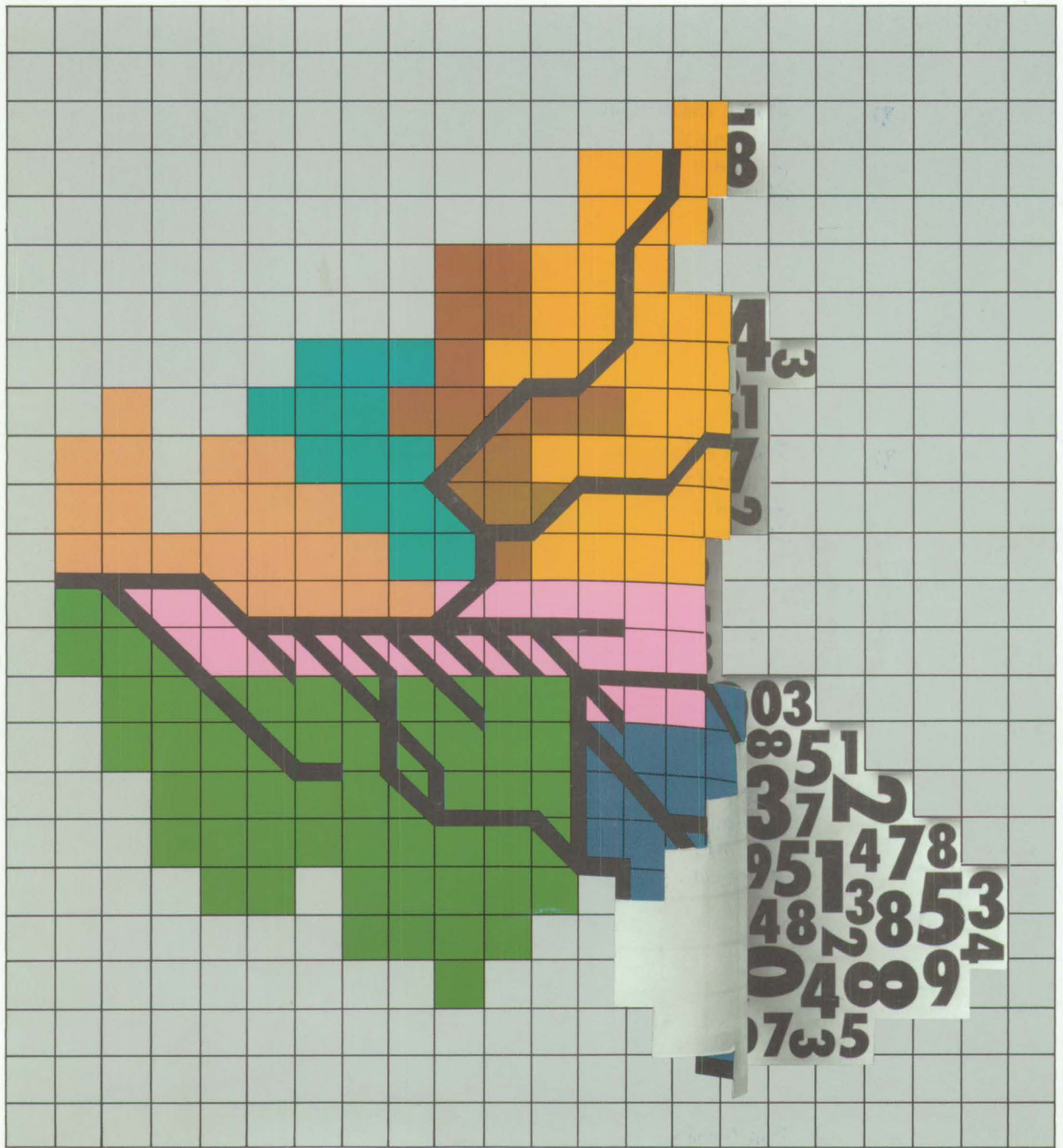


Hamburg in Zahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

1994



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

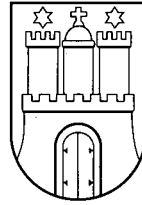
- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg
Sitz: Steckelhörn 12,
20457 Hamburg
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka
Einzelpreis: DM 5,-
Jahresabonnement: DM 50,-
Druck: Hermann Kampen, 20097 Hamburg
ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

48. Jahrgang

Heft 10.1994

Das statistische Stichwort

○ Haushalte 314

*

Statistik aktuell

○ 81,3 Millionen 314

○ Wieder mehr Verurteilungen 314

○ Diesel-Pkw im Aufwind 314

○ Verarbeitendes Gewerbe:

Nur der Export nahm zu 314

*

Schaubild des Monats

○ Arbeitskosten je Arbeit-
nehmer im Produzierenden

Gewerbe 1992 315

*

Soziale und demo-

graphische Aspekte der

Wohnraumversorgung

Hamburger Haushalte

– Versorgungssituation 1987

und Entwicklungstendenzen

bis 1993 – 316

*

Quartalsentwicklung der Brutto- wertschöpfung in Hamburg

– Versuch einer Schätzung – 325

*

Das interessiert in Hamburg

○ Diagramme 330

○ Neue Schriften 330

○ In Kürze 331

○ Der Draht zum StaLa 331

*

Hamburger Zahlenspiegel 332

Hamburg im Städtevergleich 338

Das statistische Stichwort

Haushalte

Haushalte sind sowohl für sozialwissenschaftliche als auch für ökonomische Fragestellungen von großer Bedeutung: Sie bilden die kleinste sozio-ökonomische Einheit, in der die Lebensumstände der Menschen geprägt werden, und zwar sowohl im Hinblick auf Wertvorstellungen als auch in bezug auf die materiellen Entfaltungsmöglichkeiten. Haushalte sind darüber hinaus Träger von Konsum-Entscheidungen; dies gilt insbesondere für die Nachfrage nach Wohnungen und langlebigen Gebrauchsgütern.

Mehrere Personen bilden immer dann einen Haushalt, wenn sie **zusammen wohnen und zusammen wirtschaften**, also insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren. Wer allein wirtschaftet, bildet ebenfalls einen eigenen Haushalt. Dies gilt auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat (zum Beispiel als Untermieter). Während der Tatbestand des gemeinsamen Wohnens noch relativ leicht ermittelt werden kann, ist die Frage nach der gemeinsamen Hauswirtschaft vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer Wohnformen wie der verschiedenen Arten von „Wohngemeinschaften“ heute nicht immer eindeutig zu beantworten.

Haushaltsstrukturen sind einerseits das Ergebnis demographischer Ereignisse (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen), andererseits resultieren sie aus verhaltensorientierten Komponenten (Eheschließungen, -scheidungen, Auszug aus dem Elternhaus in eine eigene Wohnung).

Das Haushaltskonzept findet in verschiedenen Bereichen der Statistik schon jahrzehntelang Verwendung. Volkszählungen (zuletzt 1987) liefern in größeren zeitlichen Abständen kleinräumige Grunddaten über Personenzahl, altersmäßige Zusammensetzung, soziale Stellung und Wohnverhältnisse der Haushalte. Im jährlich durchgeführten Mikrozensus – der wichtigsten Quelle für Haushaltsdaten – werden auf der Basis einer Stichprobenerhebung zusätzliche Angaben, beispielsweise über die Einkommensbezieher und -höhe, erfragt. Aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben lassen sich Aussagen zu Konsumgewohnheiten und zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern gewinnen.

Haushaltsbezogene Daten finden sich darüber hinaus etwa in der Preisstatistik (Preisindizes der Lebenshaltung für verschiedene Haushaltstypen) sowie in manchen Sozialstatistiken, zum Beispiel bei den Empfängern von Wohngeld.

Thorsten Erdmann

Statistik aktuell

81,3 Millionen

Am 31. Dezember 1993 lebten nach der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung 81 338 100 Menschen in Deutschland. Das waren 363 500 mehr (plus 0,4 Prozent) als Ende 1992.

Die größten Zunahmen verzeichneten die Länder Niedersachsen (plus 0,9 Prozent) sowie Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen (jeweils plus 0,8 Prozent). In den fünf neuen Bundesländern (von Brandenburg mit minus 0,2 Prozent bis Mecklenburg-Vorpommern mit minus 1,2 Prozent) und in Bremen (minus 0,4 Prozent) nahm die Bevölkerungszahl ab. Nordrhein-Westfalen ist bevölkerungsmäßig mit einem Anteil von 21,8 Prozent unverändert das größte Bundesland. Es folgen Bayern (14,6 Prozent), Baden-Württemberg (12,6 Prozent), Niedersachsen (9,4 Prozent), Hessen (7,3 Prozent), Sachsen (5,7 Prozent) und Berlin (4,3 Prozent). Hamburg hat einen Bevölkerungsanteil von 2,1 Prozent. Das Land mit dem niedrigsten Anteil an der Bevölkerung ist Bremen (0,8 Prozent).

Abweichend von der Bevölkerungsverteilung stellen sich die Flächenanteile dar. Größtes Bundesland ist Bayern mit einem Anteil von 19,8 Prozent an den 357 000 km² Deutschlands – vor Niedersachsen (13,3 Prozent), Baden-Württemberg (10,0 Prozent), Nordrhein-Westfalen (9,5 Prozent) und Brandenburg (8,3 Prozent). Die Hamburger Quote beläuft sich auf 0,2 Prozent. Bremen ist mit einem Anteil von 0,1 Prozent auch flächenmäßig kleinstes Bundesland.

Jens Gerhardt

Wieder mehr Verurteilungen

Im Jahr 1992 wurden von Hamburger Gerichten rund 22 300 Personen wegen einer begangenen Straftat verurteilt. Nach einer rückläufigen Tendenz Ende der 80er Jahre wurde damit nach drei Jahren wieder eine deutliche Zunahme registriert. Im Vergleich zu 1991 erhöhte sich die Zahl der Verurteilten um gut 1600 oder knapp acht Prozent. Die meisten Schuldsprüche betrafen auch diesmal die Straftaten im Straßenverkehr (34 Prozent der Verurteilten) und die Deliktgruppe „Diebstahl und Unterschlagung“ (22 Prozent). Der Bereich „andere Vermögensdelikte“ (wie Hehlerei, Betrug, Sachbeschädigung) schlug mit 19 Prozent, „Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen“ (hierzu zählen die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und die Abgabenordnung) mit 13 Prozent zu Buche.

Unter den im Jahr 1992 verurteilten Personen dominierten mit 85 Prozent die Männer. Fast die Hälfte (47 Prozent) aller Verurteilten waren vorbestraft, der Ausländeranteil betrug 22 Prozent.

Nur etwa drei Viertel aller Gerichtsverfahren endete für die Angeklagten mit einer Verurteilung. Drei Prozent der Abgeurteilten wurden freigesprochen. In den übrigen Fällen (gut ein Fünftel) erging eine andere Entscheidung; meist wurde das Verfahren eingestellt.

Thorsten Erdmann

Diesel-Pkw im Aufwind

Die gegenwärtig schwache allgemeine wirtschaftliche Lage spiegelt sich auch auf dem Markt für Kraftfahrzeuge wider. Speziell bei den Personen- einschließlich Kombinationskraftwagen, die den größten Teil des Fahrzeugbestandes ausmachen und bei denen die Nachfrage besonders sensibel auf Konjunkturreinflüsse reagiert, ist ein Rückgang der Zahl der Neuzulassungen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 registriert worden. Rund 33 000 Fahrzeuge oder fast zwei Prozent weniger als im ersten Halbjahr 1993 wurden erstmalig zum Verkehr angemeldet.

84 Prozent der neu in den Verkehr gebrachten Wagen haben einen Ottomotor als Antrieb. 16 Prozent der neuen Pkw sind mit einem Selbstzünder ausgestattet. Dabei ist bemerkenswert, daß bei den Neuzulassungen der Anteil der Fahrzeuge mit Dieselmotor, der 1993 noch zwölf Prozent betrug, inzwischen um ein Drittel zugenommen hat. Infolge des fortschreitenden technischen Komforts und stark gestiegener Benzinspreise erfreut sich der Dieselmotor offensichtlich wieder zunehmender Beliebtheit.

Erich Walter

Verarbeitendes Gewerbe: Nur der Export nahm zu

Die Ergebnisse der Monatsberichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes zeigen für das 1. Halbjahr 1994, daß die Absatzkrise in diesem Hamburger Wirtschaftsbereich noch nicht bewältigt ist. Die Entwicklung der Umsätze aus Eigenerzeugung der rund 710 Betriebe war verglichen mit dem Vorjahreszeitraum vor allem auf dem Inlandsmarkt überwiegend abwärts gerichtet. Daß das Gesamtergebnis von 21,6 Milliarden DM nur um ein halbes Prozent unter dem Vorjahresniveau lag, war ausschließlich auf den kräftigen Anstieg beim Auslandsgeschäft vieler Branchen zurückzuführen. Die Exportumsätze nahmen insgesamt um acht Prozent zu.

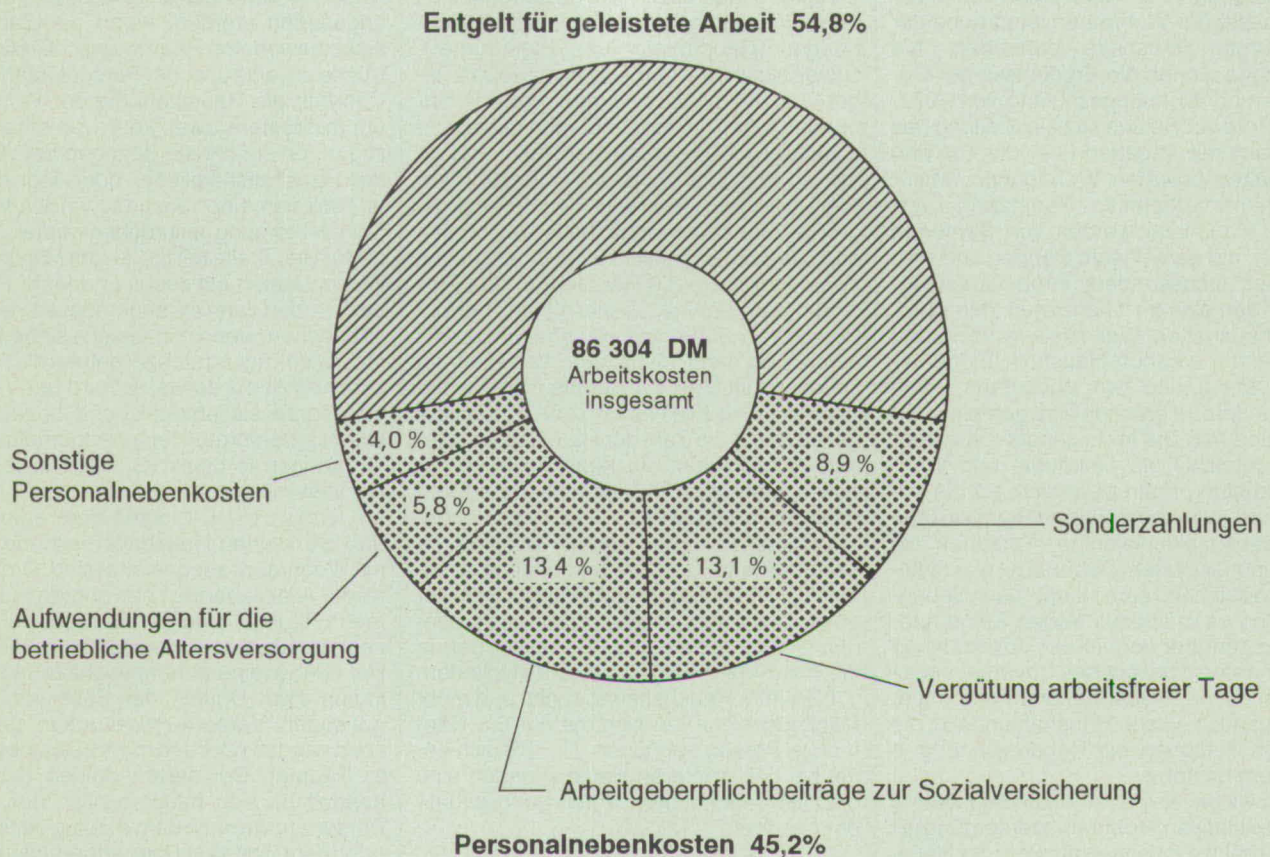
Die Beschäftigtenzahl sank um über sechs Prozent. Im Halbjahresdurchschnitt 1994 wurden 8067 Arbeitskräfte weniger eingesetzt als ein Jahr zuvor; der Stand Ende Juni 1994 lag bei 119 000 tätigen Personen.

Betrachtet man die vier Hauptgruppen getrennt, so zeigt sich im **Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe** ein Umsatzplus von knapp zwei Prozent auf 11 Milliarden DM. Dies wurde durch den Anstieg der Verkäufe ins Ausland um mehr als acht

Schaubild des Monats

Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe 1992

- Hamburger Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern -



86 304 DM betragen im Durchschnitt die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer bei Hamburger Unternehmen des Produzierenden Gewerbes im Jahr 1992 (vorläufige Angabe). Die Bezahlung für die geleistete Arbeitszeit hatte einen Anteil von 54,8 Prozent. 45,2 Prozent waren Personalnebenkosten; bei diesen fielen die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung und die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, Feiertage) am stärksten ins Gewicht.

Von den Nebenkosten sind 40,9 Prozent auf gesetzliche Regelungen zurückzuführen, der Rest ist von den Tarifpartnern vereinbart worden oder wird vom Arbeitgeber darüber hinaus gezahlt.

Prozent hervorgerufen. Der Beschäftigtenrückgang von über vier Prozent – das entspricht etwa 1300 Mitarbeitern – fiel etwas günstiger aus als in den übrigen Hauptgruppen. In der Mineralölverarbeitung war sogar eine Zunahme von gut 400 Arbeitskräften (6,6 Prozent) zu verzeichnen.

Im **Investitionsgütergewerbe**, mit knapp 56 Prozent der tätigen Personen Beschäftigungsschwerpunkt des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg, sank die Personenzahl um über 4800 (beinahe sieben Prozent), obwohl der Umsatzrückgang auf das Halbjahresniveau von 6,7 Milliarden DM mit

einem Minus von nur 0,5 Prozent relativ gering ausfiel. Aber auch in dieser Hauptgruppe wurden gegenüber dem Ausland um fast 200 Millionen DM höhere Absatzerlöse erzielt (plus 6,5 Prozent).

Das **Verbrauchsgütergewerbe**, die mit 867 Millionen DM umsatzschwächste Hauptgruppe, hielt seine Verkaufserlöse auf Vorjahresniveau. Die Zunahme beim hier allerdings nicht so bedeutsamen Export lag bei neun Prozent. Überdurchschnittlich hoch war der Beschäftigtenrückgang mit weit mehr als acht Prozent, das sind gut 850 tätige Personen.

Der **Nahrungs- und Genußmittelsektor** hatte bei einem Umsatzwert von über drei Milliarden DM die kräftigsten Einbußen zu verzeichnen. Mit minus 7,6 Prozent lag das Ergebnis rund 260 Millionen DM niedriger als im Vergleichszeitraum. Dagegen steht ein Zuwachs im Export von gut 80 Millionen DM (fast 19 Prozent), der die Verluste auf dem Binnenmarkt aber nicht ausgleichen konnte. Auch in dieser Hauptgruppe war der durchschnittliche Beschäftigtenrückgang von gut 1060 Personen (7,4 Prozent) beachtlich.

Claus Bahr

Soziale und demographische Aspekte der Wohnraumversorgung Hamburger Haushalte

– Versorgungssituation 1987 und Entwicklungstendenzen bis 1993 –

Im vorliegenden Beitrag werden quantitative Aspekte der Wohnraumversorgung der Hamburger Haushalte behandelt. Als Grundlage dienen die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987. Es wird die Größe und soziale Stellung des Haushalts mit Angaben über die von den Haushalten belegten Wohnungen (Miet-, Eigentümerverhältnis, Raumzahl) verknüpft. Haushalte werden von Personen gebildet, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalte). Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt (Eiersonenhaushalt), und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat. Die im folgenden dargelegten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung erstrecken sich auf die sogenannte wohnberechtigte Bevölkerung. Dazu zählen alle diejenigen Personen, die in Hamburg wohnen. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenwohnung im melderechtlichen Sinne handelt. Gegenüber dem in der Volkszählung verwendeten Konzept des Privathaushalts werden bei der Gebäude- und Wohnungszählung auch solche Haushalte erfaßt, die nur aus Personen mit Nebenwohnung in Hamburg bestehen.¹⁾

Als ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der quantitativen Wohnraumversorgung gilt das Verhältnis zwischen der Zahl der Haushaltsmitglieder und der Anzahl der von diesen bewohnten Räumen. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung des Jahres 1987 wurden in Hamburg zusammen rund 840 000 Haushalte gezählt. Zieht man davon die in Freizeitwohneinheiten, Wohnheimen und „sonstigen Wohneinheiten“ (zum Beispiel Behelfsheimen, Baracken, Lauben oder Wohnwagen) lebenden Haushalte ab, ergibt sich eine Zahl von 820 000. Von diesen verfügten gut 771 000 über eine eigene Wohnung. Etwa 49 000 Haushalte (sechs Prozent) wohnten dagegen zur Untermiete. Sie setzen sich zu neun Zehnteln aus Alleinlebenden zusammen. Dazu zählen beispielsweise Studenten mit Hamburger Zweitwohnsitz, aber auch alleine wirtschaftende Personen, die mit anderen gemeinsam in einer Wohnung leben. Im Jahr 1987 gehörten damit nicht ganz vier Prozent der wohnberechtigten Bevölkerung Hamburgs Untermieterhaushalten an. Im Durchschnitt stand jedem Untermieterhaushalt ein Raum zur Verfügung.

Die folgende Gegenüberstellung von Personen- und Raumzahl unter Berücksichti-

gung der Haushaltsgröße beschränkt sich auf die Wohnungsinhaberhaushalte in Wohnungen (Hauptmieter und Eigentümer), soweit sie nicht in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung oder in Freizeitwohnungen leben.²⁾ Berechnet man die durchschnittliche Zahl der selbstbewohnten Räume, so zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Haushalts- und Wohnungsgröße. Eiersonenhaushalte bewohnten danach durchschnittlich 3,1, Haushalte mit zwei Mitgliedern 3,9 Räume. Bei drei Personen waren es 4,4, bei vier 4,9 und bei fünf Personen 5,3 Zimmer. Haushaltungen mit sechs und mehr Mitgliedern verfügten im Durchschnitt über 5,4 Räume.³⁾ Betrachtet man die Pro-Kopf-Raumzahl (Raumzahl geteilt durch die Zahl der Haushaltsmitglieder), so schnitten die Kleinhaushalte am günstigsten ab. Für Alleinlebende errechnet sich ein Wert von 3,1. In Zweipersonenhaushalten standen jedem Mitglied im Durchschnitt 2,0, in Dreipersonenhaushalten 1,5 Räume zur Verfügung. Bei vier gemeinschaftlich in einer Wohnung lebenden und wirtschaftenden Personen betrug der Pro-Kopf-Wert 1,2, bei fünf Mitgliedern 1,1 Räume. Haushalte mit sechs und mehr Mitgliedern mußten sich mit nur 0,8 Räumen je Person begnügen. Es läßt sich somit bei den größeren Haushaltungen eine deutlich ungünstigere Versorgungssituation erkennen.

Neun von zehn Wohnungsinhaberhaushalten ausreichend oder besser versorgt

Die durchschnittlichen Raumzahlen je Haushaltstyp beziehungsweise je Haushaltsmitglied stellen nur ein grobes Maß zur Beurteilung der Versorgungssituation dar. Der Umfang der gut oder schlecht mit Wohnraum ausgestatteten Haushalte läßt sich durch die Verteilung der bewohnten Räume innerhalb der einzelnen Haushaltsgrößenklassen beschreiben (Schaubild 1). Geht man davon aus, daß ein Haushalt dann angemessen mit Wohnraum versorgt ist, wenn jedem Mitglied ein Wohn- oder Schlafräum (also nicht die Küche) zur Verfügung steht⁴⁾ und unterstellt, daß die große Mehrheit der Hamburger Wohnungen mit einer Küche ausgerüstet ist, so kann ein

Haushalt dann als angemessen versorgt angesehen werden, wenn die Zahl der selbstbewohnten Räume einschließlich der Küche um eins über der Personenzahl liegt. Übertrifft die Raumzahl die der Personen um mindestens zwei, kann von einer günstigen, entspricht sie dagegen der Anzahl der Haushaltsmitglieder oder liegt darunter, soll von einer unzureichenden Wohnraumversorgung gesprochen werden.⁵⁾ Dies gilt für Haushalte mit bis zu fünf Mitgliedern. Wohnparteien mit sechs und mehr Personen werden dann als angemessen versorgt angesehen, wenn mindestens sieben Räume zur Verfügung stehen; beträgt die Raumzahl höchstens sechs, so wird der Versorgungsgrad als unzureichend bezeichnet. Günstig versorgte Personengemeinschaften können in dieser Größenklasse nicht ermittelt werden.

Im Schaubild 1 kann man erkennen, daß die kleinen Haushalte besonders gut mit Wohnraum ausgestattet sind. Drei Viertel der Alleinlebenden bewohnten drei oder mehr Räume, darunter verfügten 30 Prozent sogar über mindestens vier Zimmer. Bei den Zweipersonenhaushalten kann in knapp zwei Dritteln der Fälle von einer günstigen Versorgungssituation gesprochen werden (vier und mehr selbstbewohnte Räume). Bei diesen beiden Gruppen handelt es sich hauptsächlich um ältere Personen, die nach dem Auszug der Kinder oder dem Tod des Ehepartners die große Familienwohnung allein oder zu zweit bewohnen. Hinzu kommen durch Scheidung oder Trennung entstandene Kleinhaushaltungen, die in relativ großen Wohnungen verbleiben. Außerdem ist von Bedeutung, daß viele Singles eine Drei-Raum-Wohnung mit getrennten Zimmern für Wohnen, Schlafen und Kochen als normale Ausstattung betrachten. Der Anteil der unzureichend versorgten Wohnungsinhaberhaushalte betrug dagegen in beiden Größenklassen nur rund fünf Prozent. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich unter der hier nicht einbezogenen Gruppe der Untermieter viele beengt wohnende Kleinhaushalte befinden.

Von den Wohnungsinhaberhaushalten mit drei Mitgliedern verfügten 37 Prozent über mindestens fünf und zwölf Prozent über höchstens drei Zimmer. Bei vier Personen betrug der Anteil der günstig versorgten

2) Vergleiche die Übersichten bei Bach a.a.O. auf den Seiten 140 und 142.

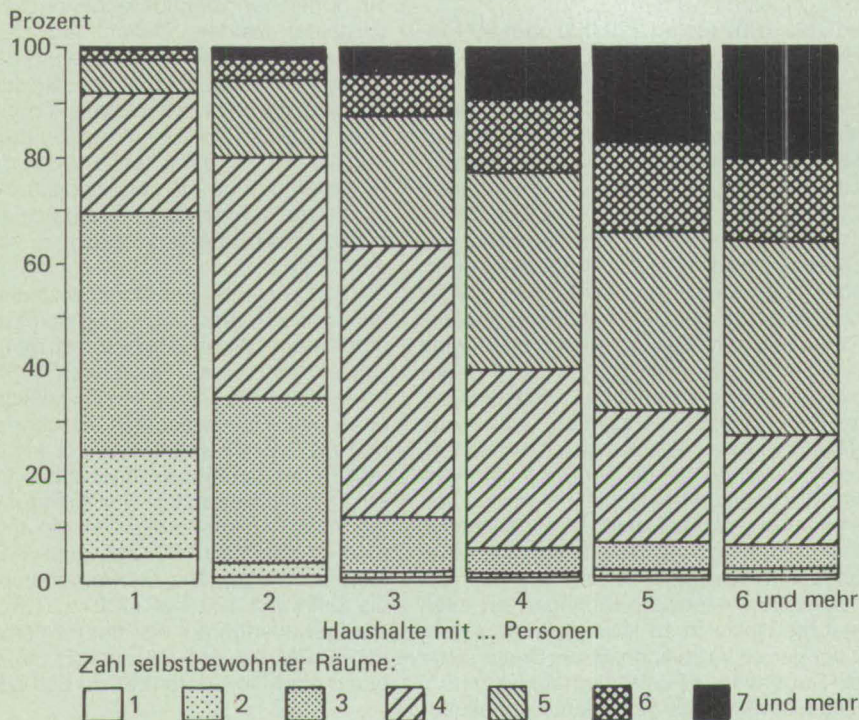
3) Als Räume zählen hier alle Wohn- und Schlafräume mit einer Mindestfläche von 6 m² sowie alle Küchen unabhängig von ihrer Größe; unter einer Schräge liegende Flächen werden nur halb gerechnet.

4) Vergleiche § 39 Absatz 3 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 1. September 1976 (Bundesgesetzblatt I Seite 2673).

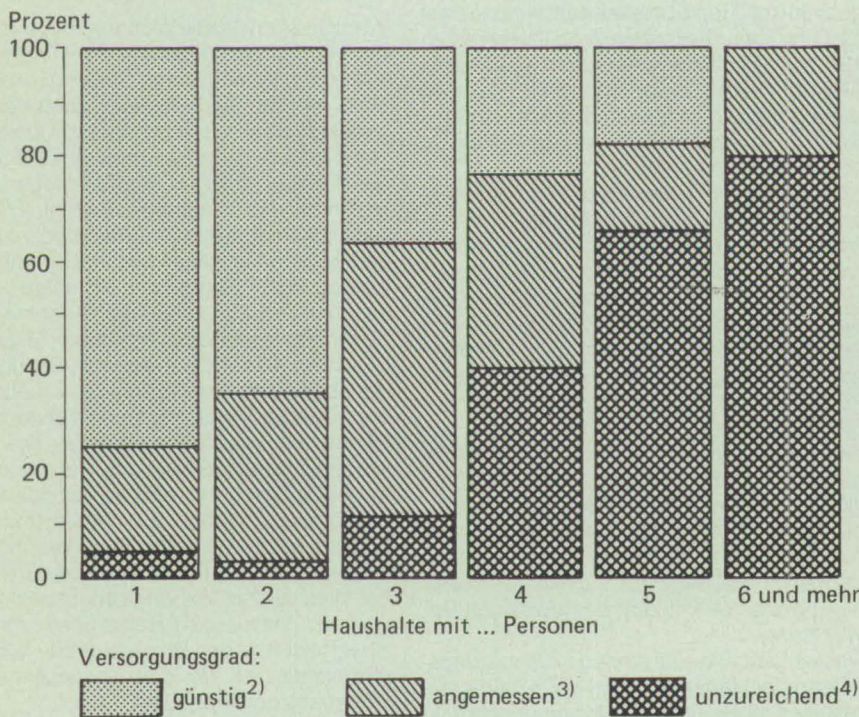
5) Ähnliche Ansätze verfolgen Büringer, H.: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Weitere Aspekte zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10. 1989, Seiten 456-468; Gerlach, H.u.a.: Erste Regionalinformationen zur Wohnungsversorgung im vereinten Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5-6. 1991, Seiten 253-276 sowie Landesentwicklung Stuttgart – Statistisches Amt (Hrsg.): Strukturdatenatlas Stuttgart. Stuttgart 1992, Seiten 110-112.

1) Bach, Hans-Jürgen: Wohnraumversorgung der Hamburger Haushalte – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987. In: Hamburg in Zahlen, Heft 4. 1990, Seiten 140-147.

a) nach Größe und Zahl selbstbewohnter Räume



b) nach Größe und Versorgungsgrad



1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen.
 2) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um mindestens 2 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; Haushalte mit 6 und mehr Personen sowie von diesen bewohnten Räumen wurden nicht zur Berechnung herangezogen.
 3) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um 1 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl der selbstbewohnten Räume mindestens 7.
 4) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6.

Haushalte mit mindestens sechs selbstbewohnten Räumen nur 24 Prozent, der der unterversorgten (mit bis zu vier Zimmern) aber schon 40 Prozent. Hierbei handelt es sich zu großen Teilen um Familien mit ein oder zwei Kindern, die vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen (teilweiser oder gänzlicher Ausfall des Einkommens eines Partners in der Erziehungsphase) nicht oder nicht sofort in der Lage sind, ihren erhöhten Wohnraumbedarf der gestiegenen Familiengröße anzupassen. Besonders ungünstig stellt sich die Versorgungslage bei Personengemeinschaften mit fünf und mehr Mitgliedern dar. Von den 17 400 Fünfpersonenhaushalten können etwa zwei Drittel als unterversorgt angesehen werden, ein Drittel verfügt dabei sogar nur über höchstens vier Zimmer (einschließlich Küche). Bei einer Größe von sechs und mehr Personen wurde in vier Fünfteln der 5400 Fälle eine unzureichende Versorgungslage ermittelt. Die vergleichsweise großen Schwierigkeiten kinderreicher Familien am Wohnungsmarkt lassen sich auch daran erkennen, daß nur 18 Prozent der Wohnungen mit mehr als sieben Räumen von Großhaushalten mit fünf und mehr Personen belegt sind, während andererseits fast 33 Prozent von Ein- und Zweipersonenhaushalten in Anspruch genommen werden. Die oft unzureichende Wohnraumausstattung großer Haushalte dürfte daneben mit der vergleichsweise ungünstigen Einkommenslage dieser Gruppe in Verbindung stehen. Das monatliche Nettoeinkommen je Person⁶⁾ lag nämlich nach den Ergebnissen des 1990er Mikrozensus bei Haushalten mit drei Personen etwa ein Fünftel, bei solchen mit vier Mitgliedern rund ein Drittel unter dem von Allein- oder Zuzweitelbenden. Für Wohnparteien mit fünf und mehr Angehörigen errechnet sich sogar ein Rückstand von beinahe 50 Prozent.

Von allen Wohnungsinhaberhaushalten wiesen drei Fünftel (467 000) einen günstigen Versorgungsgrad auf, das heißt, die Raumzahl lag um mindestens zwei über der Personenzahl. 29 Prozent oder 223 000 lebten in einer angemessenen großen Wohnung, und zehn Prozent der Haushaltungen (81 000) waren als unzureichend versorgt anzusehen (Raumzahl kleiner oder gleich Personenzahl). Bezogen auf die über 1,5 Millionen in Wohnungsinhaberhaushalten lebenden Hamburger errechnet sich für die Hälfte ein günstiger und für gut ein Drittel ein ausreichender Versorgungsgrad; ein Sechstel der Einwohner lebten in den unzureichend mit Wohnraum versorgten Haushaltungen.

Versorgungsengpässe vor allem bei großen Mieterhaushalten

Im Jahr 1987 waren die Eigentümerhaushalte aller Größenklassen deutlich besser mit Wohnraum ausgestattet als die Haupt-

6) Hierbei handelt es sich um ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, bei dem das erste Haushaltsmitglied mit 1,0, das zweite mit 0,8 und jedes weitere mit 0,7 gewichtet wird.

mieter. Die durchschnittliche Zahl selbstbewohnter Räume lag beispielsweise bei den in den eigenen vier Wänden wohnenden Singles mit 4,1 deutlich über der der Hauptmieter (3,0). Bei den großen Haushalten mit sechs und mehr Personen betrug der Vorsprung schon zwei Räume (6,9 zu 4,9 Zimmer, vergleiche Anhangtabelle 1). Auch bezüglich des Anteils der unterversorgten Haushalte (Raumzahl kleiner oder gleich Personenzahl) schnitten die Parteien mit Wohneigentum besser ab. Während bei Kleinhaushalten nur vergleichsweise geringe Abweichungen zu erkennen sind, treten bei höherer Personenzahl deutliche Unterschiede in Erscheinung. Von den Eigentümern in Dreipersonenhaushalten können fünf Prozent als unterversorgt angesehen werden, gegenüber 14 Prozent der Hauptmieter. Bei vier Personen errechnen sich Werte von 15 Prozent (Eigentümer) beziehungsweise 53 Prozent (Mieter), bei fünf Personen von 31 und 84 Prozent und bei sechs und mehr Haushaltsmitgliedern von 42 und 93 Prozent. Das bedeutet, daß zum Erhebungszeitpunkt insgesamt elf Prozent der Hauptmieter, aber nur sechs Prozent der Eigentümerhaushaltungen unzureichend mit Wohnraum ausgestattet waren. Neun Zehntel aller unterversorgten Personengemeinschaften gehörten damit zur Gruppe der Hauptmieter.

Dieser Unterschied im Versorgungsniveau steht in Zusammenhang mit dem vergleichsweise geringen Angebot an großen Mietwohnungen. Während 1987 von den kleineren Wohnungen mit bis zu vier Räumen über neun Zehntel vermietet waren, betrug der Anteil bei den für eine angemessene Versorgung der großen Haushaltungen wichtigen Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern nur noch 35 Prozent.⁷⁾ Standen den mehr als 15 000 großen Hauptmieterhaushalten (fünf und mehr Mitglieder) nicht ganz 21 000 Mietwohnungen mit mindestens sechs Räumen gegenüber, wurde bei den Eigentümern ein Verhältnis von gut 7000 zu 38 000 gemessen. Hinzu kommt, daß geräumige Mietwohnungen oft von alteingesessenen Kleinhaushaltungen belegt sind, für die ein Wohnungswechsel unter angespannten Marktbedingungen oft mit erheblichen Mieterhöhungen und mit nicht geringen Umzugskosten verbunden wäre. Bei den „überversorgten“ Eigentümern muß außerdem die noch geringere Mobilität berücksichtigt werden; ein Wegzug aus dem Domizil wäre häufig mit einem Verlust des Eigentums verbunden.

Öffentlich geförderte Wohnungen öfter überbelegt

Unterschiede beim Versorgungsstand lassen sich auch zwischen Haushalten in öffentlich geförderten und solchen in „freifinanzierten“ Wohnungen erkennen. Als öffentlich gefördert gelten – vereinfacht ausgedrückt – alle mit Mitteln des sozialen

Wohnungsbaus unterstützten und nach 1948 fertiggestellten Wohnungen, für die Mittel des Bundes oder des Landes zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt und noch nicht vorzeitig zurückgezahlt wurden.⁸⁾

Im Jahr 1987 lebten 299 000 oder 39 Prozent der Wohnungsinhaberhaushalte in geförderten Wohneinheiten. Darunter stellten die Hauptmieter mit 277 000 die Mehrheit. Im Vergleich zu den in nicht geförderten Wohnungen lebenden Parteien standen den Inhabern von Sozialwohnungen im Durchschnitt weniger Räume zur Verfügung. Für Einpersonenhaushalte ergab sich ein Rückstand von 0,2. Mit steigender Personenzahl wurde der Unterschied größer und erreichte bei Haushaltungen mit fünf Personen sein Maximum mit 0,8 Räumen (vergleiche Anhangtabelle 1). Betrachtet man den Anteil der unzureichend mit Wohnraum versorgten Haushalte (Raumzahl kleiner oder gleich Personenzahl), so schneiden die öffentlich geförderten Wohnungen bei Haushaltsgrößen von eins, zwei und drei Personen sogar geringfügig besser ab (Anteilswerte zwischen zwei und zwölf Prozent). Von den Vierpersonenhaushalten in Sozialwohnungen wohnten fast die Hälfte in zu kleinen Wohnungen, wogegen es im freifinanzierten Bestand nur ein Drittel waren. Für Wohnparteien mit fünf Mitgliedern wurden Unterversorgungsquoten von 81 beziehungsweise 54, für noch größere Haushalte von 90 beziehungsweise 71 Prozent gemessen. Besonders ungünstig war die Wohnraumausstattung der gut 8000 großen Sozialmieterhaushalte mit fünf und mehr Personen. Von ihnen galten 1987 91 (fünf Personen) beziehungsweise 97 Prozent (sechs und mehr Personen) als unterversorgt. Die entsprechenden Anteilswerte lagen bei den Eigentümern nur bei 34 und 49 Prozent.

Faßt man alle Größenklassen zusammen, so mußten sich zwölf Prozent der in öffentlich geförderten und zehn Prozent der in nicht geförderten Wohnungen lebenden Haushalte mit einer Raumzahl begnügen, die lediglich der Zahl ihrer Mitglieder entsprach oder sogar darunter lag. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung waren damit 20 beziehungsweise 15 Prozent als unzureichend versorgt anzusehen. Auf der anderen Seite wiesen 55 Prozent der geförderten und 64 Prozent der nicht geförderten Wohnparteien einen günstigen Versorgungsgrad auf. Da es sich dabei überwiegend um Ein- und Zweipersonenhaushalte handelte, entfielen auf sie nur 52 beziehungsweise 56 Prozent der jeweiligen Bevölkerung.

Das vergleichsweise niedrige Versorgungsniveau der Haushaltungen in Sozialbauten resultiert größtenteils aus den eingeschränkten wirtschaftlichen Ressourcen der Be-

wohner. Um in den Genuß der staatlichen Förderung zu kommen, dürfen bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. In der Regel mußte beispielsweise bei Anmietung einer geförderten Wohnung ein amtlicher Wohnberechtigungsschein vorgelegt werden. Diese Mechanismen hatten eine relative Konzentration der bedürftigen Haushalte auf den Sozialwohnungsbestand zur Folge. Hinzu kommt, daß man – geleitet von der Vorgabe, ärmeren Familien eine angemessene Mindest- oder Normversorgung zu gewährleisten – bestrebt war, bei der Vergabe von Sozialwohnungen eine „Überversorgung“ zu vermeiden.

Allerdings stehen der vergleichsweise ungünstigen Versorgungslage im öffentlich geförderten Wohnungsbestand geringere Kosten gegenüber. So zahlten 1987 beispielsweise die Mieter von Sozialwohnungen je nach Haushaltsgröße zwischen sechs und 26 Prozent weniger Miete als die in freifinanzierten Einheiten lebenden Parteien. Die alleinlebenden Sozialmieter mußten monatlich knapp 370 DM, die anderen Singles dagegen 500 DM, also 130 DM mehr aufbringen. Bei vier Personen betrug die Differenz 170 DM (580 zu 750 DM); weniger ausgeprägt war der Kostenvorteil mit 40 DM bei den Haushalten mit sechs und mehr Mitgliedern (650 zu 690 DM).⁹⁾

Versorgungslage vom sozioökonomischen Status der Haushalte abhängig

Im folgenden wird die Wohnraumversorgung der Hamburger Haushalte im Hinblick auf ihre sozioökonomische Stellung erläutert. Dazu werden die Haushalte nach dem Erwerbsstatus ihrer Bezugsperson unterteilt. Bei der Bezugsperson handelt es sich um das Haushaltsmitglied, das überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt. Es wird davon ausgegangen, daß die überwiegend zum Unterhalt eines Haushalts beitragende Person in der Regel auch diejenige ist, die den sozialen Status und die Lebensverhältnisse des Haushalts und seiner Mitglieder bestimmt. Diese Definition der Bezugsperson ist international üblich, sie ersetzt den bei früheren Volkszählungen verwendeten Begriff des Haushaltsvorstandes. Die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beitragende Person wurde insbesondere aufgrund der Angaben zum Alter und zum Geschlecht sowie zur Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, zur Erwerbsbeteiligung, zur Voll-/Teilzeitbeschäftigung und zur Stellung im Beruf bestimmt. Der Erwerbsstatus der Bezugsperson wird als charakteristisch für den Sozialstatus des Haushalts angesehen.

9) Die Angaben beziehen sich nur auf bewohnte Mietwohnungen mit Mietangaben. Als Miete wird der monatliche Betrag nachgewiesen, der mit dem Vermieter für die Überlassung der Wohnung zum Zeitpunkt der Zahlung vereinbart war. Dazu rechnen auch die Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung, Umlagen für den Betrieb einer Zentralheizung, einer Warmwasserversorgung oder für eine Garage zählen nicht zur Miete.

7) Betrachtet werden nur die von Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten bewohnten Wohnungen beziehungsweise Räume.

8) Öffentliche Fördermittel in oben genannten Sinne sind beispielsweise Darlehen zur Deckung der Baukosten oder Zinszuschüsse, nicht aber Steuererleichterungen und Bausparprämien. Näheres siehe: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bautätigkeit und Wohnungen – Gebäude und Wohnungszählung am 25. Mai 1987, Fachserie 5, Heft 4: Wohnsituation der Haushalte, Teil 3, Wiesbaden 1991, Seiten 9-10.

Im folgenden soll daher zwischen Selbständigen-, Angestellten/Beamten-, Arbeiter-, Auszubildenden-, Rentner/Pensionärs- und sonstigen Nichterwerbstitigenhaushalten unterschieden werden. Diese sind unter den 820 000 Hamburger Haushalten (ohne solche in Freizeitwohneinheiten, Wohnheimen und „sonstigen Wohneinheiten“) verschieden stark vertreten. Die größte Gruppe bilden mit einem Anteil von 33 Prozent die Angestellten- und Beamtenhaushalte vor den Rentner- und Pensionärshaushalten mit 30 Prozent. In 18 Prozent der Fälle ist ein Arbeiter, in zwölf Prozent ein sonstiger Nichterwerbstitiger Bezugsperson. Die Selbständigenhaushalte umfassen nur sechs Prozent des Bestandes. Die verbleibenden Haushalte (ein Prozent der Gesamtzahl) sind der Gruppe der (betrieblichen) Auszubildenden zuzurechnen.

Höchster Untermieteranteil bei Nichterwerbstitigen und Auszubildenden

Untersucht man die Wohnraumversorgung der Haushaltstypen anhand des Anteils der Wohnparteien, die keine vollständige Wohnung zur Verfügung haben, so schneiden die Haushalte von Rentnern und von im Erwerbsprozeß stehenden Bezugspersonen am günstigsten ab. Rentner- und Pensionärshaushalte wohnten 1987 zu nur drei Prozent zur Untermiete. Bei Selbständigen, Angestellten/Beamten und Arbeitern wurde der Hamburger Durchschnitt mit jeweils rund fünf Prozent knapp unterschritten. Dagegen errechnet sich für die sonstigen Nichterwerbstitigen ein Anteil von 15, für die Auszubildenden sogar einer von 19 Prozent.

Die hohe Untermieterquote bei den Auszubildenden dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich viele Lehrlinge in der Ausbildungszeit wegen des begrenzten Einkommens für ein Untermieterzimmer in enger räumlicher Nähe zur Ausbildungsstätte entscheiden. Oft handelt es sich dabei nur um einen Nebenwohnsitz, der nach Abschluß der Lehre wieder aufgegeben wird. Demgegenüber dürfte es sich bei den Untermieterverhältnissen der Nichterwerbstitigenhaushalte weit weniger um ein vorübergehendes Phänomen im Leben der Betroffenen handeln. Diese Gruppe wird nämlich hauptsächlich von alleinlebenden Empfängern öffentlicher Lohnersatz- und Sozialleistungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe) dominiert. Hinzu kommen Studenten, sofern sie keiner Erwerbstitigkeit nachgehen.

Rentner am günstigsten, Arbeiterhaushalte am ungünstigsten versorgt

Die folgenden Ausführungen beschränken sich wiederum auf die Wohnungsinhaberhaushalte (Eigentümer und Hauptmieter), soweit sie nicht in Freizeitwohnun-

gen, Wohnheimen oder „sonstigen Wohneinheiten“ leben. Die Wohnraumversorgung dieser Haushalte im Hinblick auf ihre sozioökonomische Stellung ist im Schaubild 2 dargestellt. Erkennbar ist, daß in allen Gruppen jeweils die Mehrheit mit Wohnraum ausgestattet ist. Nur relativ wenige Haushalte müssen sich mit beengten Wohnverhältnissen zufriedengeben.

Der Anteil der günstig versorgten Haushalte, bei denen die Zahl der selbstbewohnten Räume um mindestens zwei über der der Personen liegt, überwiegt in allen Statusgruppen. Er ist bei den Rentnern/Pensionären mit 73 Prozent am höchsten. Haushalte von Selbständigen (63 Prozent) und Angestellten/Beamten (60 Prozent) folgen auf den weiteren Plätzen. Deutlich unter dem Durchschnittswert aller Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte liegt der Anteil günstig mit Wohnräumen versehenen Haushalten bei den Nichterwerbstitigen (53 Prozent), Auszubildenden (50 Prozent) und Arbeitern (43 Prozent).

Eine umgekehrte Reihenfolge entsteht, wenn man den Anteil der unzureichend mit Wohnraum versorgten Haushalte (Raumzahl kleiner oder gleich Personenzahl) berechnet. Die Arbeiterhaushalte leben danach zu mehr als einem Fünftel (21 Prozent), also doppelt so häufig wie alle Haushalte der Hansestadt, in zu kleinen Wohnungen. Für Nichterwerbstitige und Auszubildende ergibt sich mit jeweils etwa 15 Prozent ebenfalls ein deutlich überdurchschnittlicher Wert. Die Personengemeinschaften mit einem Selbständigen sowie mit einem Angestellten/Beamten als Be-

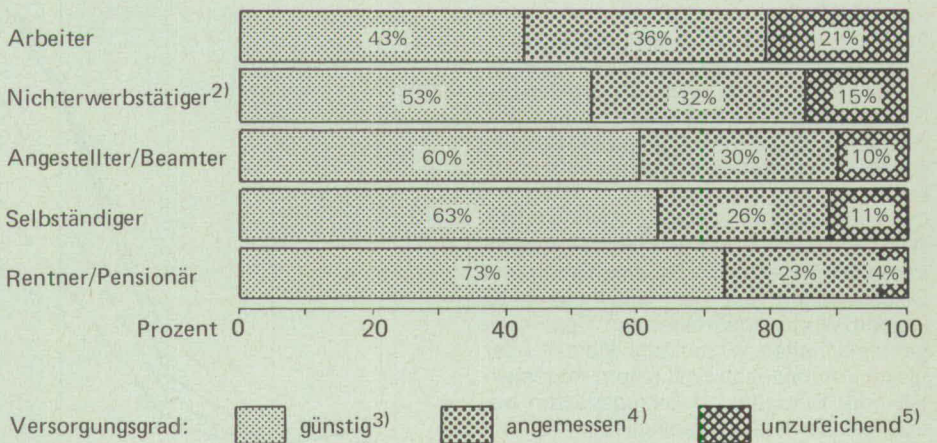
zugsperson können wie die Hamburger Haushalte insgesamt zu jeweils ungefähr einem Zehntel als unzureichend mit Wohnraum versorgt angesehen werden. Rentner/Pensionäre leben dagegen nur äußerst selten (vier Prozent) in beengten Wohnverhältnissen. Insgesamt sind also Haushalte von Rentnern/Pensionären am besten und Arbeiterhaushalte am schlechtesten mit Wohnraum ausgestattet.

Die günstige Versorgungslage bei den Ruheständlern geht zurück auf den sehr hohen Anteil (95 Prozent) von geräumig wohnenden Ein- und Zweipersonenhaushalten. Es handelt sich dabei häufig um Personen beziehungsweise Paare, die nach dem Tod des Ehepartners oder dem Auszug der Kinder allein oder zu zweit in der großen Familienwohnung leben. Dagegen sind unter den Arbeiterhaushalten vergleichsweise viele größere Personengemeinschaften, deren Versorgungslage aus finanziellen und familiären Gründen weit häufiger als unzureichend angesehen werden muß. 1987 bestanden 20 Prozent der Arbeiterhaushalte aus mindestens vier Personen, gegenüber nur zwölf Prozent bei allen Hamburger Haushalten. Außerdem waren die im Vergleich zu den Mietern besser mit Wohnraum ausgestatteten Eigentümer unter den von Arbeitern geführten Wohnungsinhaberhaushalten nur schwach vertreten. Der entsprechende Anteilswert lag 1987 bei zehn Prozent, wogegen im Durchschnitt 17 Prozent der Wohnparteien auch Eigentümer ihrer Wohnung waren.

Die Situation der Nichterwerbstitigen ist ebenfalls von einem geringen Eigentümer-

Schaubild 2 Versorgung der Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte mit Wohnraum 1987 nach sozioökonomischem Status¹⁾

Person, die überwiegend zum Unterhalt beiträgt ist:



1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen

2) ohne Rentner/Pensionäre

3) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um mindestens 2 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; Haushalte mit 6 und mehr Personen sowie von diesen bewohnten Räumen wurden nicht zur Berechnung herangezogen.

4) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um 1 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl der selbstbewohnten Räume mindestens 7.

5) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6

anteil (sechs Prozent) gekennzeichnet. Da der Anteil der Kleinhaushalte (bis drei Personen) deutlich höher ist als bei den Arbeitern, liegt die Quote der unterversorgten Haushalte insgesamt etwas niedriger. Faßt man alle Haushaltsgrößen zusammen, unterscheiden sich diejenigen mit selbständiger Bezugsperson hinsichtlich der Wohnraumversorgung kaum von der Gesamtheit. Aus dem hohen Anteil von größeren Wohnparteien mit vier und mehr Personen (23 Prozent) hätte man insgesamt eine eher unterdurchschnittliche Wohnraumausstattung erwarten können. Dagegen steht der Sachverhalt, daß immerhin 40 Prozent aller Selbständigen Eigentümer ihrer Wohnung waren. Ihre Familien leben häufig in Ein- oder Zweifamilienhäusern und verfügen deshalb auch meist über ausreichend Wohnraum. Ähnlich stellt sich die Situation bei den Angestellten/Beamtenhaushalten dar. Ihr Versorgungsgrad reicht ebenfalls an das Gesamtergebnis heran; große Haushalte (vier und mehr Personen) sowie Eigentümer sind in dieser Gruppe überdurchschnittlich vertreten.

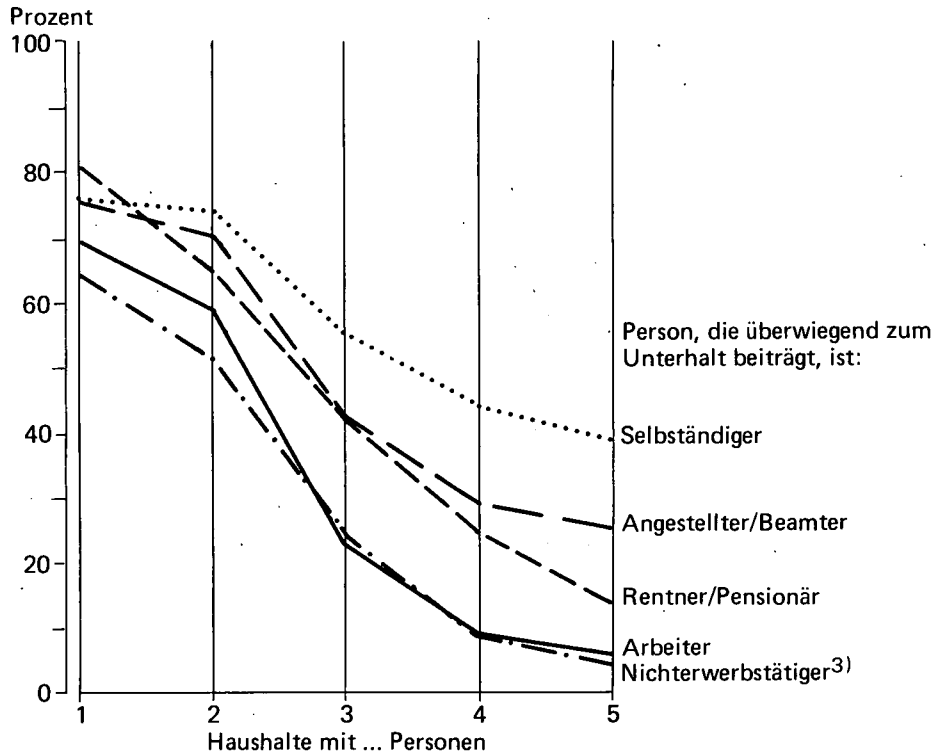
Schaubild 3 veranschaulicht beispielhaft für die sozioökonomischen Statusgruppen den Zusammenhang zwischen dem Grad der Unterversorgung und der Haushaltsgröße: In allen Statusgruppen nimmt der Anteil der unterversorgten Haushalte an allen Haushalten mit der Größe der Haushalte zu. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind bei Kleinhaushaltungen mit bis zu drei Personen nur gering ausgeprägt. Bei mittleren und großen Wohnparteien (vier Personen und mehr) kommen dagegen deutliche Differenzen zwischen den sozialen Schichten zur Geltung: Haushalte von Nichterwerbstätigen und Arbeitern weisen bei jeder Personenanzahl die höchsten Unterversorgungsquoten auf. Bei einer Mitgliederzahl von vier Personen sind jeweils beinahe 60 Prozent, bei fünf Personen etwa 85 Prozent und bei sechs und mehr Mitgliedern über 93 Prozent der Haushalte als unzureichend versorgt anzusehen. Die Rentner- und Pensionärshaushalte, die bei der Gesamtbetrachtung den geringsten Unterversorgungsgrad aufwiesen, nehmen bei der haushaltsgrößen-spezifischen Aufgliederung nur einen Mittelplatz ein.

Die geringsten Unterversorgungsquoten bei Wohnparteien mit vier und mehr Personen treten bei Angestellten/Beamten sowie bei Selbständigen auf. Der Anteil der in zu kleinen Wohnungen lebenden Personengemeinschaften (Raumzahl kleiner oder gleich Personenanzahl) mit einem Angestellten oder Beamten als Bezugsperson betrug bei vier Haushaltsmitgliedern 30, bei fünf 52 und bei sechs und mehr Personen 63 Prozent. Am besten war die Situation bei den Selbständigen; für sie wurden Unterversorgungsquoten von 24, 40 und 45 Prozent gemessen. Sie lagen damit etwa nur halb so hoch wie bei Arbeiter- und Nichterwerbstatigenhaushalten.

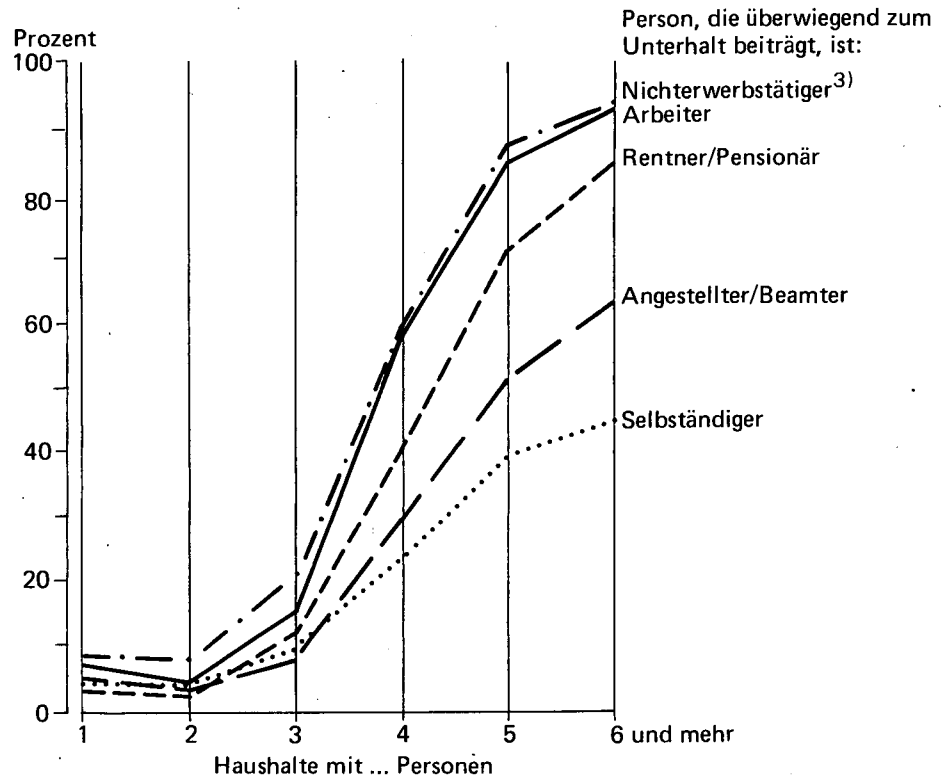
In den Versorgungsunterschieden zwischen den sozioökonomischen Haushaltstypen kommt nicht zuletzt die unterschiedliche

Schaubild 3 Versorgung der Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte¹⁾ mit Wohnraum 1987 nach sozioökonomischem Status und Haushaltsgröße

a) Anteil der günstig versorgten Haushalte²⁾



b) Anteil der unzureichend versorgten Haushalte⁴⁾



1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen.

2) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um mindestens 2 über der Zahl der Haushaltsmitglieder.

3) ohne Rentner/Pensionäre

4) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6.

finanzielle Leistungskraft der Statusgruppen zum Ausdruck. Nach den Ergebnissen des 1990er Mikrozensus lag nämlich das monatliche Netto-Pro-Kopf-Einkommen von Selbständigenhaushalten um etwa ein Achtel, das von Angestellten/Beamtenhaushalten um ein Zehntel über dem Hamburger Durchschnitt. Arbeiter- sowie Nichterwerbstätigenhaushalte (ohne Rentner/Pensionäre) hatten dagegen pro Person deutlich weniger Geld zur Verfügung. Ihr Einkommen war um ein Sechstel beziehungsweise sogar ein Viertel niedriger als das aller Hamburger Haushaltungen.

Bezieht man neben der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung zusätzlich das Wohnverhältnis in die Analyse ein, so treten die Versorgungsunterschiede noch stärker hervor (Anhangtabelle 3). Von den 14 Haushaltstypen mit einer Unterversorgungsquote von über 50 Prozent hatten alle vier oder mehr Personen.¹⁰⁾ 13mal handelte es sich um Hauptmieter, nur einmal war ein Eigentümer (Arbeitereigentümerhaushalt mit sechs und mehr Personen) betroffen. Dagegen sind im Hinblick auf die soziale Stellung der Bezugsperson alle fünf großen Gruppen vertreten. Offenbar üben das Wohnverhältnis und besonders die Haushaltsgröße einen stärkeren Einfluß auf die Wohnraumversorgung aus als der Sozialstatus. Dies zeigt sich auch am anderen Ende der Skala: Unter den 18 Haushaltstypen, deren Unterversorgungsgrad unter zehn Prozent lag, waren ausschließlich kleinere Haushalte mit bis zu drei Personen. Bis auf die betrieblichen Auszubildenden sind alle Statusgruppen unter den besonders gut mit Wohnraum ausgestatteten Haushaltstypen zu finden.

Im einzelnen wurde der höchste Anteil unzureichend mit Wohnraum versorgter Haushalte bei Hauptmieterhaushalten mit sechs und mehr Personen von Arbeitern und von Nichterwerbstätigen registriert. Von diesen verfügten jeweils 96 Prozent über höchstens sechs Wohnräume. Auch die Gruppe der zur Miete wohnenden Ruheständlerhaushalte mit sechs und mehr Mitgliedern sowie die Fünfpersonen-Mieterhaushalte von Arbeitern und Nichterwerbstätigen lebten zu mehr als neun Zehnteln in zu kleinen Wohnungen. Erwähnt werden muß auch, daß den Vierpersonen-Mieterhaushalten von Arbeitern zu zwei Dritteln vier oder weniger Zimmer zur Verfügung standen. Betroffen waren 10 500 Haushalte mit zusammen 42 000 Personen. Dabei dürfte es sich überwiegend um Familien mit Kindern handeln.

Am günstigsten stellte sich dagegen die Versorgungssituation bei den Zweipersonen-Eigentümerhaushalten von Rentnern/Pensionären sowie von Angestellten/Beamten dar. Sie lebten jeweils nur zu einhalb Prozent in Ein- oder Zweiraumwohnungen. Noch geringer fiel dieser Wert bei den allein in den eigenen vier Wänden lebenden Angestellten/Beamten, Selbständigen, Arbeitern und Ruheständlern aus; die Fallzahlen lagen jedoch sehr niedrig.

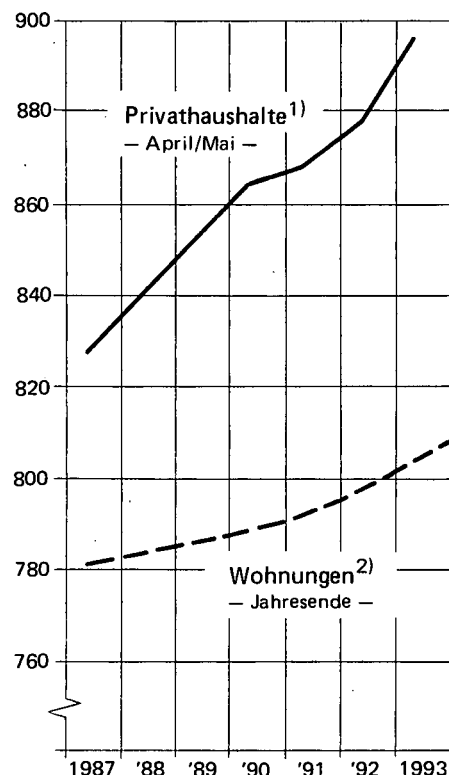
10) Betrachtet werden nur solche Haushaltstypen, bei denen die Anzahl der unterversorgten Haushalte über 100 liegt.

Entwicklung seit 1987: Keine Verbesserung der Versorgungslage

Nachdem verschiedene Aspekte der Wohnraumversorgung anhand der Großzählungsergebnisse dargestellt wurden, soll nunmehr versucht werden, die neuere Entwicklung seit 1987 zu beschreiben. Da jüngere Daten, die eine direkte Zuordnung von Haushaltstypen zu Wohnungsmerkmalen wie Raumzahl oder Wohnverhältnis erlauben, nicht vorliegen, wird die Entwicklung des Wohnungsbestandes der Haushalte gegenübergestellt. Schaubild 4 zeigt, daß die Zahl der Wohnungsnachfrager wesentlich schneller gestiegen ist als der Wohnungsbestand. Zwischen dem Stichtag der Gebäude- und Wohnungszählung am 25.5.1987 und Ende 1992 nahm infolge verstärkter Neubauaktivitäten die Zahl der Wohnungen (ohne solche in Wohnheimen und ohne Freizeitwohnungen) um gut 20 000 oder knapp drei Prozent, die der darin befindlichen Räume um 85 000 (fast drei Prozent) zu. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Privathaushalte mehr als doppelt so stark. Ihr Volumen vergrößerte sich um schätzungsweise 63 000 oder nicht ganz acht Prozent. Dafür verantwortlich war die wanderungsbedingte Bevölkerungszunahme in Hamburg (vor allem hervorgerufen durch Zuzüge von Ausländern) sowie besonders das veränderte Haushaltsgründungsverhalten, das zu einem überproportionalen Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte führte. Vergleicht man die absoluten Zunahmen bei Wohnungen und Privathaushalten, ergibt sich rein rechnerisch ein „Wohnungsdefizit“ von rund 43 000. Diese Größe kann jedoch nicht als Zahl der von Obdachlosigkeit betroffenen Haushalte interpretiert werden. In der fortgeschriebenen Zahl des Wohnungsbestandes sind nämlich Wohnungen in Wohnheimen und Freizeitwohnungen nicht enthalten. Ebenfalls nicht erfaßt werden die sogenannten „sonstigen Wohneinheiten“. Hierzu zählen Behausungen ohne Küche oder Kochnische sowie vor allem die Unterkünfte (zum Beispiel Behelfsheime, Baracken, Gartenlauben und festverankerte Wohnschiffe). Ein Teil der neu gegründeten oder zugezogenen Haushalte dürfte in diesem Sektor eine Bleibe gefunden haben. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang Aussiedler und Asylbewerber, die in eigens für sie errichteten Sammelunterkünften oder „Containerdörfern“ untergebracht wurden. Daneben könnte die gestiegene Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zu einem Abbau der Leerstände (1987 gab es 9700 leerstehende Wohneinheiten) geführt haben. Schließlich ist zu vermuten, daß die Haushalte innerhalb des zur Verfügung stehenden Wohnungsbestandes enger zusammengerückt sind, es also zu einer Zunahme von Untermietverhältnissen gekommen sein könnte.

Auch die Entwicklung der Kennzahlen zur Wohnraumversorgung lassen seit der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987

Schaubild 4 Privathaushalte und Wohnungen in Hamburg 1987 bis 1993 – in 1000 –



1) 1987 Ergebnis der Volkszählung; sonst Ergebnisse des Mikrozensus

2) 1987 Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung; sonst Ergebnisse der Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Nicht zu den Wohnungen zählen die „sonstigen Wohneinheiten“ (z.B. Unterkünfte wie Behelfsheime, Baracken, festverankerte Wohnschiffe). Außerdem nicht enthalten sind Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung sowie Freizeitwohnungen.

250 944 L

eine Trendänderung erkennen. Während Ende der 60er Jahre auf eine Wohnung durchschnittlich noch 1,19 Privathaushalte kamen, waren es 1987 nur noch 1,06. Bis Ende 1992 erhöhte sich diese Relation dann aber wieder auf 1,11. Die Zahl der Wohnräume je Einwohner stieg von 1,40 (1968/70) auf 1,89 im Jahr 1987. Bis Ende 1992 war dieser Wert auf 1,84 zurückgegangen. Das bedeutet, daß sich die in den 70er und frühen 80er Jahren beobachtete Verbesserung der Wohnraumversorgung nach 1987 nicht fortgesetzt hat. Vielmehr dürfte es wenigstens in Teilbereichen eher zu einer Verschlechterung gekommen sein. Ob und in welcher Weise die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie Eigentümer/Mieter oder kleine/große Haushalte von dieser Entwicklung betroffen sind, wird sich erst anhand der Resultate der 1993 durchgeführten Gebäude- und Wohnungsstichprobe überprüfen lassen.

Thorsten Erdmann

Anhangtabelle 1 **Versorgung der Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte mit Wohnraum 1987 nach Wohnverhältnis, öffentlicher Förderung und Haushaltsgröße**

Haushalte mit ... Personen	Wohnungsinhaberhaushalte ¹⁾			davon					
	in öffentlich geförderten Wohnungen ²⁾	in nicht öffentlich geförderten Wohnungen	insgesamt	Hauptmieterhaushalte			Eigentümerhaushalte		
				zusammen	in öffentlich geförderten Wohnungen ²⁾	in nicht öffentlich geförderten Wohnungen	zusammen	in öffentlich geförderten Wohnungen ²⁾	in nicht öffentlich geförderten Wohnungen
Anzahl									
1	117 916	219 434	337 350	308 067	114 354	193 713	29 283	3 562	25 721
2	96 133	141 136	237 269	190 679	88 921	101 758	46 590	7 212	39 378
3	47 028	60 332	107 360	79 801	42 030	37 771	27 559	4 998	22 561
4	28 306	38 020	66 326	43 852	23 470	20 382	22 474	4 836	17 638
5	7 537	9 829	17 366	11 413	6 196	5 217	5 953	1 341	4 612
6 und mehr	2 438	2 928	5 366	3 977	2 107	1 870	1 389	331	1 058
Insgesamt	299 358	471 679	771 037	637 789	277 078	360 711	133 248	22 280	110 968
Durchschnittliche Zahl selbstbewohnter Räume									
1	3,0	3,2	3,1	3,0	3,0	3,1	4,1	3,8	4,1
2	3,7	4,0	3,9	3,7	3,7	3,7	4,7	4,5	4,7
3	4,2	4,6	4,4	4,2	4,1	4,2	5,2	5,0	5,2
4	4,6	5,2	4,9	4,5	4,4	4,6	5,7	5,4	5,8
5	4,8	5,6	5,3	4,7	4,6	4,8	6,3	6,0	6,4
6 und mehr	5,1	5,7	5,4	4,9	4,8	5,1	6,9	6,6	7,1
Insgesamt	3,6	3,8	3,8	3,5	3,5	3,6	4,9	4,8	4,9
Anteil der günstig versorgten Haushalte ³⁾ in %									
1	75,1	75,3	75,2	73,6	74,5	73,1	92,0	91,7	92,1
2	61,6	67,6	65,2	60,1	59,5	60,6	85,9	86,5	85,8
3	25,8	45,4	36,8	26,2	21,0	31,9	67,6	65,9	67,9
4	11,2	33,2	23,8	11,0	5,5	17,5	48,7	38,8	51,4
5	6,8	26,6	18,0	6,1	2,0	11,1	40,8	29,2	44,2
6 und mehr	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Insgesamt	54,6	64,3	60,5	57,7	53,6	60,8	74,3	67,6	75,6
Anteil der unzureichend versorgten Haushalte ⁴⁾ in %									
1	4,0	6,0	5,3	5,7	4,1	6,6	0,9	0,9	0,8
2	2,4	4,1	3,5	3,9	2,6	5,3	1,8	1,2	1,9
3	11,0	12,3	11,8	14,1	11,9	16,4	4,9	3,7	5,3
4	48,6	33,3	39,9	52,7	55,7	49,0	14,8	13,9	15,0
5	80,9	53,9	65,6	83,6	91,0	75,1	31,0	33,8	30,2
6 und mehr	90,3	70,7	79,6	92,8	96,7	88,4	41,7	49,2	39,3
Insgesamt	11,5	9,8	10,4	11,4	11,8	11,0	6,2	7,2	6,0

1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen.

2) Nur 1. Förderungsweg.

3) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um mindestens 2 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; Haushalte mit 6 und mehr Personen sowie von diesen bewohnten Räume wurden nicht berechnet.

4) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6.

Anhangtabelle 2 **Versorgung der Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte¹⁾ mit Wohnraum 1987 nach Haushaltsgröße und sozioökonomischem Status**

Haushalte mit ... Personen	Haushalte insgesamt	davon mit Bezugsperson					
		Selbständiger	Angestellter/ Beamter	Arbeiter	Auszu- bildender	Rentner/ Pensionär	Nichterwerb- stätiger ²⁾
Anzahl							
1	337 350	12 811	91 065	34 082	5 068	142 584	51 740
2	237 269	14 694	76 832	41 474	741	86 684	16 844
3	107 360	10 100	48 794	30 315	295	9 003	8 853
4	66 326	8 121	32 301	19 116	138	2 148	4 502
5	17 366	2 308	6 759	5 829	34	617	1 819
6 und mehr	5 366	628	1 410	2 311	11	220	786
Insgesamt	771 037	48 662	257 161	133 127	6 287	241 256	84 544
Durchschnittliche Zahl selbstbewohnter Räume							
1	3,1	3,4	3,1	3,0	2,6	3,2	2,9
2	3,9	4,3	4,0	3,8	3,5	3,9	3,6
3	4,4	4,9	4,6	4,3	4,2	4,6	4,1
4	4,9	5,6	5,1	4,9	4,7	4,9	4,4
5	5,3	6,2	5,7	5,4	4,8	5,0	4,6
6 und mehr	5,4	6,8	6,1	5,6	4,9	5,3	4,9
Insgesamt	3,8	4,5	4,0	4,0	2,9	3,6	3,3
Anteil der günstig versorgten Haushalte ³⁾							
1	75,2	75,7	75,4	69,7	52,7	81,0	64,6
2	65,2	74,2	70,3	59,1	44,8	64,8	51,5
3	36,8	55,4	42,7	23,3	29,2	42,5	23,9
4	23,8	44,5	29,3	9,2	15,2	24,6	9,0
5	18,0	39,1	25,5	5,9	8,8	13,8	4,3
6 und mehr	•	•	•	•	•	•	•
Insgesamt	60,5	63,1	60,2	43,1	49,5	73,0	52,9
Anteil der unzureichend versorgten Haushalten ⁴⁾							
1	5,3	5,3	5,4	7,3	13,6	3,2	8,7
2	3,5	4,7	3,0	4,5	8,8	2,3	8,2
3	11,8	10,0	8,0	15,5	19,0	12,0	21,4
4	39,9	24,4	29,6	58,8	47,8	40,7	59,4
5	65,6	39,7	51,5	84,8	79,4	71,2	87,5
6 und mehr	79,6	45,1	63,4	93,4	90,9	84,5	93,9
Insgesamt	10,4	11,4	9,7	20,6	14,5	3,8	15,1

1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen.

2) Ohne Rentner/Pensionäre.

3) Zahl der selbstbewohnten Räume liegt um mindestens 2 über der Zahl der Haushaltsmitglieder; Haushalte mit 6 und mehr Personen sowie von diesen bewohnten Räume wurden nicht berechnet.

4) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6.

Anhangtabelle 3 **Unzureichend mit Wohnraum versorgte Hamburger Wohnungsinhaberhaushalte¹⁾ 1987 nach Haushaltsgröße, sozialem Status und Wohnverhältnis**
 – sortiert nach dem Anteil unzureichend versorgter Haushalte²⁾ –

Rang	Haushalt mit... Personen	Bezugsperson des Haushalts ist ...	Wohnverhältnis	Unzureichend mit Wohnraum versorgte Haushalte ³⁾	
				%	Anzahl
1	6 und mehr	Arbeiter	Hauptmieter	96,4	2 054
2	6 und mehr	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	95,9	721
3	6 und mehr	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	93,9	168
4	5	Arbeiter	Hauptmieter	91,1	4 612
5	5	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	90,7	1 548
6	5	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	85,0	375
7	6 und mehr	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	84,4	594
8	5	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	73,2	2 450
9	6 und mehr	Selbständiger	Hauptmieter	72,1	145
10	5	Selbständiger	Hauptmieter	65,7	543
11	4	Arbeiter	Hauptmieter	64,8	10 503
12	4	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	62,2	2 588
13	6 und mehr	Arbeiter	Eigentümer	58,3	105
14	4	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	53,2	754
15	5	Arbeiter	Eigentümer	43,3	332
16	6 und mehr	Angestellter/Beamter	Eigentümer	42,5	300
17	4	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	42,0	7 767
18	4	Selbständiger	Hauptmieter	40,7	1 404
19	6 und mehr	Selbständiger	Eigentümer	32,3	138
20	5	Angestellter/Beamter	Eigentümer	30,1	1 028
21	4	Arbeiter	Eigentümer	25,5	742
22	5	Selbständiger	Eigentümer	25,2	373
23	3	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	22,6	1 842
24	3	Arbeiter	Hauptmieter	16,7	4 339
25	4	Rentner/Pensionär	Eigentümer	16,4	120
26	3	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	15,5	936
27	3	Selbständiger	Hauptmieter	14,3	758
28	1	Auszubildender	Hauptmieter	13,7	684
28	4	Angestellter/Beamter	Eigentümer	13,1	1 803
29	4	Selbständiger	Eigentümer	12,4	578
30	3	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	9,7	3 314
31	1	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	9,0	4 467
32	2	Nichterwerbstätiger	Hauptmieter	8,8	1 342
33	3	Arbeiter	Eigentümer	8,1	347
34	1	Arbeiter	Hauptmieter	7,5	2 462
35	1	Selbständiger	Hauptmieter	6,1	651
36	2	Selbständiger	Hauptmieter	6,0	532
37	1	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	5,7	4 832
38	3	Selbständiger	Eigentümer	5,2	252
39	2	Arbeiter	Hauptmieter	4,8	1 775
40	3	Rentner/Pensionär	Eigentümer	4,8	141
41	3	Angestellter/Beamter	Eigentümer	3,9	582
42	1	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	3,6	4 463
43	2	Angestellter/Beamter	Hauptmieter	3,3	2 048
44	2	Selbständiger	Eigentümer	2,6	152
45	2	Rentner/Pensionär	Hauptmieter	2,5	1 655
46	2	Rentner/Pensionär	Eigentümer	1,5	310
47	2	Angestellter/Beamter	Eigentümer	1,5	223

1) Haushalte in Wohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und ohne Haushalte in Freizeitwohnungen.

2) Angabe nur, wenn mehr als 100 unversorgte Haushalte pro Haushaltstyp.

3) Zahl der selbstbewohnten Räume ist kleiner oder gleich der Zahl der Haushaltsmitglieder; bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt die Zahl selbstbewohnter Räume höchstens 6.

Quartalsentwicklung der Bruttowertschöpfung in Hamburg

– Versuch einer Schätzung –

Vorbemerkungen

Das Statistische Bundesamt stellt Eckzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht nur als Jahresergebnisse, sondern auch in der Vierteljahresaufteilung als lange Zeitreihen zur Verfügung. Insbesondere finden hierbei die Vierteljahresdaten über die wirtschaftliche Leistung, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche ein großes Interesse, weil hiermit aktuelle Informationen zur Bewertung der konjunkturellen Entwicklung vorliegen. Lange Zeitreihen über die Quartalsentwicklung der Wertschöpfung bilden außerdem die Basis für kurzfristige Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung, sofern die Langen Reihen auch Angaben über die aktuellen Quartale umfassen.

Die Berechnung von Quartalsdaten läuft in groben Zügen folgendermaßen ab: Die Ermittlung der Wertschöpfung beruht unter anderem auf Statistiken, die aus den Jahresabschlüssen von Unternehmen – den sogenannten Gewinn- und Verlustrechnungen – abgeleitet werden. Da Gewinn- und Verlustrechnungen normalerweise nicht quartalsweise erstellt werden, können Vierteljahresergebnisse der Wertschöpfung nur auf dem Wege der Schätzung gewonnen werden, indem wirtschaftliche Daten, zum Beispiel über Umsatz oder Produktion, die vierteljährlich vorliegen und mit der Wertschöpfung hoch korreliert sind, als Leitindikatoren für eine Quartalsaufteilung der jährlichen Wertschöpfung verwendet werden.

Hinzu kommt, daß Wirtschaftsdaten mit einer unterjährigen Periodizität, also Monat- oder Quartalswerte, eine mehr oder weniger ausgeprägte, in den einzelnen Jahren ähnliche Saisonschwankung, wie zum Beispiel ein Wintertief und ein Sommerhoch, aufweisen. Aufgrund von Quartalsdaten, die eine Saisonschwankung enthalten, ist es direkt nicht möglich, die Frage zu beantworten, ob denn beispielsweise der Wert des vierten Quartals gegenüber dem dritten Quartal tendenziell einen Anstieg der Wertschöpfung anzeigt oder nicht, wenn das vierte Quartal wegen eines stets wiederkehrenden Wintertiefs in der Saisonfigur immer niedriger als das dritte ausfällt. Erst wenn saisonale Schwankungen und Zufallseinflüsse aus den Reihen durch eine Saisonbereinigung herausgeschätzt werden, läßt sich die oben gestellte Frage nach Anstieg oder Rückgang im Verhältnis zum Vorquartal beantworten.

Man kann natürlich die Frage stellen, warum zur Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung nicht einfach vierteljährliche Umsatz- oder Produktionszahlen verwendet werden können. Dies ist aus folgenden Gründen nicht ausreichend:

1. Nicht der Umsatz, sondern die Wertschöpfung mißt die wirtschaftliche Leistung einer Branche. Umsätze müssen erst um Bezüge von anderen Unternehmen, die sogenannten Vorleistungen, bereinigt werden, um die Bruttowertschöpfung zu erhalten.
2. Der Anteil der Wertschöpfung am Umsatz ist in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich je nach Höhe der Vorleistungen. Eine Steigerung des Umsatzes im Großhandel mit einer Wertschöpfungsquote von nur etwa zehn Prozent ist eben nicht das gleiche wie eine gleich hohe Umsatzsteigerung im Bereich Sonstige Dienstleistungen (zum Beispiel Rechts- und Unternehmensberatung) mit einer Wertschöpfungsquote von zirka 60 Prozent. Umsätze unterschiedlicher Branchen sind darum zur Beurteilung der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung **nicht additionsfähig**, erst die Wertschöpfung ist es. Die übliche branchenweise getrennte Darstellung der Umsatzentwicklung führt in der Zusammenschau eben **nicht** unbedingt zum gleichen und richtigen Ergebnis wie die Addition der Wertschöpfung über alle Wirtschaftszweige.

Im Statistischen Landesamt Hamburg ist aus diesen Gründen im Auftrag und für Zwecke der Wirtschaftsbehörde ein erster Versuch unternommen worden, die Jahresergebnisse über Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung, die im Länderverbund des Arbeitskreises VGR der Länder erarbeitet werden, außerhalb der methodischen Absprachen im VGR-Arbeitskreis auf Quartale herunterzubrechen und die Ergebnisse einer Saisonbereinigung zu unterziehen.

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß es für Bundesländer schwierig ist, eine ausreichend tragfähige Informationsgrundlage für derartige Quartalsschätzungen bereitzustellen. Man muß bekennen, daß auf der Ebene der Länder eine solche Datenbasis zumindest für die aktuellen Quartale im wesentlichen nur im Produzierenden Gewerbe, im Bereich Handel, in einigen Bereichen des Verkehrs, bei den Kreditinstituten, dem Gastgewerbe und beim Staat vorhanden ist.

Um dennoch für das Land Hamburg zu brauchbaren Gesamtaussagen zu kommen,

werden in allen Wirtschaftsbereichen, in denen keine aktuellen originär Hamburger Quartalsinformationen vorliegen, die vorhandenen Hamburger Daten aus zurückliegenden Perioden mit Veränderungsdaten der Ergebnisse für das Bundesgebiet fortgeschrieben. Dies trifft insbesondere auf marktbestimmte Dienstleistungen zu. Der Schätzansatz ist hier vertretbar, weil in diesem Bereich konjunkturelle Ausschläge weit schwächer ausfallen als in den anderen Bereichen und auch regionale Unterschiede in der Regel nicht so ausgeprägt sind wie zum Beispiel im Produzierenden Gewerbe.

Nach einer dreijährigen Versuchsphase in Hamburg, in der die Wirtschaftsbehörde zu Testzwecken mit den Ergebnissen einer Schätzung der Quartalsentwicklung der realen Bruttowertschöpfung in der Form saisonbedingter Reihen beliefert wurde, läßt sich sagen, daß die vom Statistischen Landesamt bereitgestellten Informationen im Praxistest ihren Wert für den Wirtschaftspolitiker bewiesen haben. Es ist nun an der Zeit, diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Methode der Berechnungen darzustellen.

Der nachfolgende Beitrag beschreibt im methodischen Teil in groben Zügen die Vorgehensweise des VGR-Arbeitskreises bei der Ermittlung der jährlichen wirtschaftlichen Leistung für Bundesländer und stellt anschließend das Verfahren der Quartalsberechnung in Hamburg dar. Der an der Methode nicht interessierte Leser kann die methodischen Ausführungen überschlagen und sich sofort den Ergebnissen der Quartalsaufteilung im letzten Teil zuwenden.

Es ist nochmals darauf hinzuweisen, daß aus den im methodischen Teil näher bezeichneten Gründen eine Untergliederung der Wertschöpfung nach Quartalen in Hamburg nicht die gleiche Qualität haben kann wie für den Bund. Gleichwohl sind wir der Meinung, daß eine von der amtlichen Statistik bereitgestellte, in bestimmten Grenzen „weiche“ Information mit einem im statistischen Sinne vermutlich richtigen Erwartungswert besser ist als eine in einem Fachressort ermittelte „passende Zahl“. Das Rückgrat und den Rahmen der Quartalschätzung für Hamburg stellen die Jahresergebnisse des VGR-Arbeitskreises dar. Die Summe der Vierteljahreswerte eines Jahres stimmt exakt mit der entsprechenden Jahreszahl des Arbeitskreises überein. Dies verhindert zumindest einen generellen Bias in der langjährigen Entwicklungsreihe der Quartalsdaten.

Zur Methode

Die Methode der Quartalsaufteilung der Bruttowertschöpfung, wie sie im Statistischen Landesamt Hamburg durchgeführt wird, orientiert sich an Methoden des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, die dort zur Schätzung von Jahres- und Halbjahreswerten eingesetzt werden.¹⁾ Es ist darauf hinzuweisen, daß die für Hamburg durchgeführten Quartalsberechnungen in alleiniger Verantwortung des Statistischen Landesamtes Hamburg liegen. Zum besseren Verständnis der Hamburger Methode sollen nachfolgend als erstes die Methoden des VGR-Arbeitskreises skizziert werden.

Wertschöpfungsberechnung im VGR-Arbeitskreis

Für Bundesländer lassen sich die Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen unter Verwendung aller für die Berechnungen im Arbeitskreis für erforderlich gehaltenen statistischen Daten nur mit einer etwa zweijährigen Verzögerung in der sogenannten Originärberechnung bereitstellen. Hauptgrund für diese nicht sehr aktuelle Ergebnislieferung sind sehr spät verfügbare Ergebnisse von Basisstatistiken wie zum Beispiel der Kostenstrukturerhebung im Produzierenden Gewerbe. Hier können die ausgefüllten Erhebungsbogen der Unternehmen erst etwa ein Jahr nach dem Berichtsjahr vollständig vorliegen, weil die Jahresabschlüsse, die Grundlage der Kostenstrukturerhebung sind, bei einem Teil der Firmen spät erstellt werden.

Ein Ergebnis über die wirtschaftliche Jahresleistung eines Bundeslandes, das erst mit einer Verzögerung von zwei Jahren bereitsteht, ist aber für die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik und die Öffentlichkeit nur noch von untergeordnetem Interesse. Der Arbeitskreis VGR der Länder hat darum eine Methode entwickelt, um die Ergebnisse der Originärberechnung der Bruttowertschöpfung bis zum aktuellen Rand der Reihen fortzuschätzen.

Dazu wird im wesentlichen die Wertschöpfung der Originärberechnung in tiefer wirtschaftlicher Gliederung (65 Wirtschaftszweige) mit sogenannten symptomatischen Reihen, wie zum Beispiel dem Umsatz oder den Arbeiterstunden, fortgeschrieben. Diese Reihen sind mit der Wertschöpfung hoch korreliert und liegen in der Regel monatlich oder quartalsweise sehr zeitnah vor. Für die Fortschreibung wird aus den Werten einer symptomatischen Reihe eine Meßzahl beispielsweise für den Umsatz der Monate Januar bis Oktober des Berichtsjahres im Verhältnis zu dem entsprechenden Vorjahreswert gebildet. Die Meßzahl wird an die Wertschöpfung des Vorjahres als Faktor angelegt. Das Ergebnis ist eine geschätzte Wertschöpfungszahl in dem

entsprechenden Wirtschaftszweig für das Berichtsjahr.

Überwiegend handelt es sich bei den Fortschreibungsindikatoren um Umsatzzahlen. Der Umsatz ist nach den Definitionen der VGR der wesentliche Bestandteil des Produktionswertes. Produktionswert abzüglich Vorleistungen – das sind alle Bezüge von anderen Unternehmen, die in die Produktion eingehen – ergibt die Bruttowertschöpfung. Die Vorleistungsquoten in bezug auf den Produktionswert (Umsatz) schwanken zwischen 40 und 70 Prozent und erreichen im Einzelhandel 80, im Großhandel sogar 90 Prozent des Umsatzes.

Wenn man also die Umsatzentwicklung des Berichtsjahres als Fortschreibungsindikator an die Wertschöpfung des Vorjahres anlegt, führt dies nur dann zu einem richtigen Schätzergebnis für die Wertschöpfung im Berichtsjahr, wenn die Vorleistungsquote im Berichtsjahr sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert hat – dies ist die implizit im Fortschreibungsverfahren des VGR-Arbeitskreises enthaltene Schätzhypothese. Dieser Umstand wird hier darum so stark herausgestellt, weil die Methode der Quartalsberechnung in Hamburg ebenfalls auf der Grundlage von symptomatischen Reihen, also insbesondere von Umsatzzahlen, erfolgt. Auch hier ist dann die Hypothese konstanter Vorleistungsquoten im Ansatz implizit enthalten.

Nach Vorliegen der Fortschreibungsergebnisse des Arbeitskreises für alle Bundesländer – sogenannte unkoordinierte Ergebnisse – werden die Ländersummen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen mit dem autonom vom Statistischen Bundesamt ermittelten Ergebnis des Bundes verglichen und mit einem für alle Länder gleichen Faktor auf das Niveau des Bundes angepaßt. Das Ergebnis sind dann koordinierte Wertschöpfungsergebnisse, die nach Zusammenfassung zu elf Wirtschaftsbereichen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Fortschreibungen werden für das aktuelle Berichtsjahr in mehreren Stufen mit immer höherer Genauigkeit vom Arbeitskreis erstellt. Die Abfolge der Berechnungen zum Beispiel für das Jahr 1994 sieht folgendermaßen aus:

Jahre erfolgt eine Revision der Langen Reihen unter Einbeziehung gegebenenfalls von neuen Großzählungen (Arbeitsstätten-, Volks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) und von verbesserten Schätzmethode. Außerdem wird auf ein aktuelleres Basisjahr für die preisbereinigten Reihen umgestellt.

Methode der Quartalsberechnung der Bruttowertschöpfung in Hamburg

Für die Fortschreibung der Bruttowertschöpfung im Rahmen des VGR-Arbeitskreises werden, wie schon gesagt, Meßzahlen für symptomatische Reihen berechnet. In Hamburg sind nun die Monatsbeziehungsweise Quartalswerte der symptomatischen Reihen als Zeitreihen ab 1985 auf Datenträger abgespeichert. Aus diesen Zeitreihen werden sowohl die Meßzahlen für die Fortschreibung im Rahmen des VGR-Arbeitskreises sowie die für die Quartalsaufteilung in Hamburg benötigten Informationen abgeleitet.

Aus dem Arbeitskreis VGR der Länder stehen koordinierte Jahreswerte der realen Bruttowertschöpfung in tiefer wirtschaftsfachlicher Gliederung für Hamburg zur Verfügung. Es handelt sich hierbei um Originärberechnungen. Nur die beiden letzten Jahreswerte sind Fortschreibungen. Für das aktuelle Jahr existiert darüber hinaus ab September die Halbjahresschätzung. Zur Aufteilung der Jahreswerte auf Quartale werden im Prinzip aus den Hamburger symptomatischen Reihen pro Jahr Quartalsanteile am Gesamtjahreswert gebildet, mit deren Hilfe die Jahreswerte des VGR-Arbeitskreises zerlegt werden. Entsprechend wird bei einer Halbjahresschätzung verfahren.

Die Quartalsanteile leiten sich überwiegend aus nominalen Umsatzzahlen ab. Da die Umsätze im Laufe eines Jahres Preiseffekten ausgesetzt sein können, erhält man zuerst einmal nominale Quartalsanteile. Das würde zum Beispiel bei einer generellen Preissteigerungstendenz bedeuten, daß der nominale Anteil des vierten Quartals im Verhältnis zu dem realen Anteil überzeichnet wäre. Da es das Ziel ist, Reihen von

Name der Berechnung	Aktualität der Datengrundlage	Veröffentlichung
Halbjahresschätzung	Januar – Juni 1994	September 1994
1. Fortschreibung	Januar – Oktober 1994	Februar 1995
2. Fortschreibung	Januar – Dezember 1994	April 1995
3. Fortschreibung	Januar – Dezember 1994	Dezember 1995
1. Originärberechnung	Basisstatistiken 1994	November 1996
2. Originärberechnung	Basisstatistiken 1994	November 1997

Die Länderergebnisse über Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung werden zur Zeit vom VGR-Arbeitskreis als Lange Reihen ab 1970 in jeweiligen Preisen (nominale Werte) und in Preisen von 1991 (reale Werte) bereitgestellt. Etwa alle fünf

realen Quartalswerten zu erzeugen, müssen die nominalen Quartalsanteile noch einer Deflationierung (Preisbereinigung) unterzogen werden. Dies geschieht nicht in der Tiefengliederung, in der die symptomatischen Reihen bereitstehen, sondern auf

Fußnoten am Ende des Berichts.

der Aggregationsstufe von elf Wirtschaftsbereichen, weil die hierfür benötigten Quartalsdaten des Bundes nur in der Gliederung nach elf Bereichen intern, das heißt in einer nicht veröffentlichten Form, vorliegen. In Ermangelung eines länderspezifischen Preisindex werden aus einem Vergleich von nominalen und realen Quartalsergebnissen des Bundes Quartalsdeflatoren berechnet, mit deren Hilfe die nominalen Hamburger Quartalsanteile preisbereinigt werden.

Der Rechengang für die Zeitreihen ab 1985 sieht also folgendermaßen aus:

1. Für alle 65 Hamburger symptomatischen Reihen (nominale) Quartalsanteile pro Jahr berechnen; wenn keine Hamburger Zahlen verfügbar sind, wie in einigen Zweigen des Dienstleistungsbereiches, auf der Grundlage von Quartalswerten des Bundes.
2. Die jährlichen realen Wertschöpfungszahlen des VGR-Arbeitskreises für Hamburg (65 Wirtschaftszweige) mit Hilfe von Quartalsanteilen in Quartale aufteilen.
3. Diese zumindest innerhalb eines Jahres in der Regel noch nicht deflationierten Quartalswerte zu elf Wirtschaftsbereichen zusammenfassen.
4. Die Quartalswerte der elf Wirtschaftsbereiche mit den Deflatoren der Bundesergebnisse preisbereinigen.
5. Das Ergebnis sind reale Quartalswerte für die Bruttowertschöpfung in Hamburg nach elf Wirtschaftsbereichen mit der Eigenschaft, daß jeweils die Summe der Quartale eines Jahres exakt mit den koordinierten Jahreswerten des VGR-Arbeitskreises übereinstimmen. Falls die Quartalaufteilung für Hamburg noch einen methodisch bedingten systematischen Fehler enthalten sollte – wie zum Beispiel eine regelmäßige Überschätzung des vierten Quartals um fünf Prozent und eine entsprechende Unterschätzung des ersten Quartals ist dies relativ unschädlich, da systematische Effekte in der Saisonfigur mit großer Wahrscheinlichkeit bei der anschließenden Saisonbereinigung eliminiert werden.
6. Immer dann, wenn sich Ergebniszahlen des VGR-Arbeitskreises für zurückliegende Jahre ändern, seien es aktuelle Berechnungen für die letzten Jahre (Ersatz durch verbesserte Fortschreibungen oder durch eine neue Originärberechnung, siehe oben) oder Revisionen der gesamten Reihen, müssen die Quartalsdaten neu berechnet werden. Für diese Rechnungen bleiben nur die (nominalen) Quartalsanteile für die 65 symptomatischen Reihen unverändert.

Vereinfachte Schätzmethode für die Jahre 1970 bis 1984

Da es für die Beurteilung der Konjunkturreakibilität der Hamburger Wirtschaft im Verhältnis zum Bund wünschenswert war, lange saisonbereinigte Vergleichsreihen Hamburg/Bund ab 1970 über mehrere Kon-

junkturzyklen verfügbar zu haben, ist der Versuch unternommen worden, für Hamburg Quartalswerte der Bruttowertschöpfung aus der Periode 1970 bis 1984 nach einem vereinfachten Verfahren ohne Verwendung von symptomatischen Reihen aus der hamburgischen Wirtschaft zu schätzen. Die nachträgliche Ergänzung der symptomatischen Reihen bis 1970 zurück erschien – gemessen an dem zusätzlichen Informations- und Qualitätsgewinn – als zu großer Aufwand.

Für die Jahre ab 1985 wurde festgestellt, daß sich die Quartalsanteile in Hamburg nicht wesentlich von den Quartalsanteilen des Bundes unterscheiden. Als Grundlage für eine Schätzung sind darum in jedem der elf Wirtschaftsbereiche Quotienten der durchschnittlichen realen Quartalsanteile der Wertschöpfung Hamburgs im Verhältnis zu den realen Bundesanteilen aus den Jahren 1985 bis 1989 gebildet worden. Diese Quotienten sind ein Ausdruck für die durchschnittliche Abweichung der Saisonfigur in Hamburg von der des Bundes. Sie wurden an die Quartalsanteile des Bundes für die Jahre 1970 bis 1984 angelegt, um eine Schätzung für die Quartalsanteile Hamburgs zu erhalten. Auf dieser Basis wurden die Rechnungen dann so weiter geführt, wie für die Periode ab 1985.

Saisonbereinigung und EDV-Lösung der Schätzverfahren

Nachdem anfangs die Saisonbereinigung mit Hilfe des Census-X11-Verfahrens durchgeführt wurde, ist Ende 1992 auf Wunsch der Wirtschaftsbehörde eine Umstellung auf das Berliner Verfahren – Version IV²⁾ erfolgt, um direkte Vergleiche mit Ergebnissen für den Bund, die durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Statistische Bundesamt bereitgestellt werden, anstellen zu können.

Als EDV-Programm für das Berliner Verfahren wird eine PC-Version des DIW eingesetzt (FORTRAN-Programm, das auf der DOS-Ebene abläuft), zu dem in Hamburg eine Schnittstelle zu EXCEL erstellt wurde. Mit dieser Version können sowohl Monats- wie auch Quartalsdaten einer Saisonbereinigung unterzogen werden.³⁾

Die Datenhaltung der symptomatischen Reihen und der Ergebnisse des VGR-Arbeitskreises in tiefer Gliederung erfolgt noch auf dem Großrechner in dem nicht weit verbreiteten Betriebs- und Programmsystem APL⁴⁾. In APL wird die Verdichtung der Daten und insbesondere der nominalen Quartalsanteile aus 65 Wirtschaftszweigen zu elf Wirtschaftsbereichen durchgeführt. Die weiteren Arbeiten in der Gliederung nach elf Bereichen (Quartalsanteile des Bundes bearbeiten, Deflationierung der Hamburger Quartalsanteile, Berechnung der realen Quartalswerte der Bruttowertschöpfung für Hamburg und ihre Saisonbereinigung sowie Vergleiche mit Bundesergebnissen, Grafikerstellung von Zeitreihen) erfolgt ausschließlich auf dem PC (486er

DX mit 8 MB Hauptspeicher) in der Tabellenkalkulationssoftware EXCEL 4. Erste Tests für eine Datenhaltung auf dem PC in der ebenfalls von der Firma Microsoft entwickelten Datenbank ACCESS und der Verwendung von EXCEL 5 sind angelaufen. Erst aus diesen Tests versprechen wir uns eine in sich abgerundete reine PC-Lösung.

Ergebnisse

Für Hamburg werden die Quartalsergebnisse ohne die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige Mineralölverarbeitung und Tabakverarbeitung dargestellt, da sich gezeigt hat, daß abrupte Veränderungen der Wertschöpfung dieser beiden Bereiche die Gesamtergebnisse und insbesondere die Veränderungsdaten empfindlich beeinflussen können.

Mineralöl- und Tabakverarbeitung hatten in allen Jahren von 1970 bis 1989 in Hamburg, anders als im Bund, einen hohen Anteil von 35 bis 50 Prozent an der zu Marktpreisen bewerteten Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes; dagegen lag der Beschäftigtenanteil deutlich unter zehn Prozent. Dieser unverhältnismäßig hohe Wertschöpfungsanteil ist auf die starke Produktionssteuerbelastung der Mineralölprodukte und Tabakwaren zurückzuführen. Etwa 85 Prozent der Wertschöpfung dieser beiden Bereiche entfallen derzeit auf Produktionssteuern. Es sind insbesondere Effekte aus Schwankungen der in der VGR dem Land Hamburg zugerechneten Produktionssteuerbeträge und auch besonders starke Preisschwankungen bei Mineralölprodukten, die sich bemerkbar machen. Da außerdem die Mineralöl- und Tabaksteuer für Hamburg nur durchlaufende Posten sind und Einnahmen des Bundes darstellen, schien es zweckmäßig, das Verarbeitende Gewerbe ohne diese beiden Reihen darzustellen. Der Gewinn ist ein wesentlich ruhigerer Verlauf in Jahren mit extremen Veränderungen der Bruttowertschöpfung von Mineralöl- und Tabakverarbeitung.

Die Schaubilder 1 und 2 stellen Originalwerte und glatte Komponente der Bruttowertschöpfung für den Bund und für Hamburg (hier wie schon gesagt ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung) ab 1970 dar. Die glatte Komponente einer saisonbereinigten Reihe ergibt sich, wenn man von den ursprünglichen Quartalswerten die Saisonkomponente und irreguläre Schwankungen subtrahiert. Das Schaubild 3 zeigt für den Bund und Hamburg ab 1970 im Vergleich die prozentuale Veränderung der glatten Komponente der Bruttowertschöpfung zum jeweiligen Vorquartal.

Die Entwicklung der Absolutwerte der glatten Komponente für Hamburg in Schaubild 1 hat offensichtliche Parallelen zu der Bundesentwicklung in Schaubild 2; so den Rückgang der Wertschöpfung in den Jahren 1974/75, einen stärkeren Anstieg 1978/79, eine Stagnationphase 1980/

Schaubild 1 Reale Bruttowertschöpfung (unbereinigt) in Hamburg 1970 bis 1993 nach Quartalen

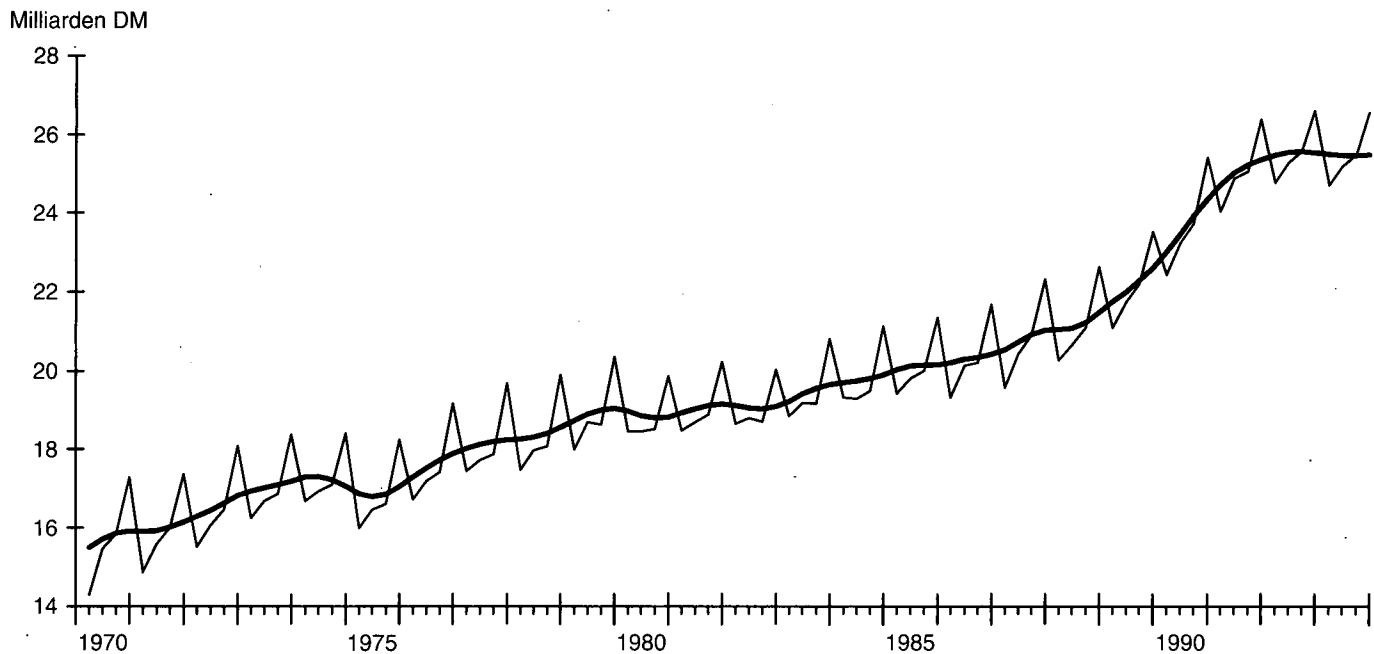
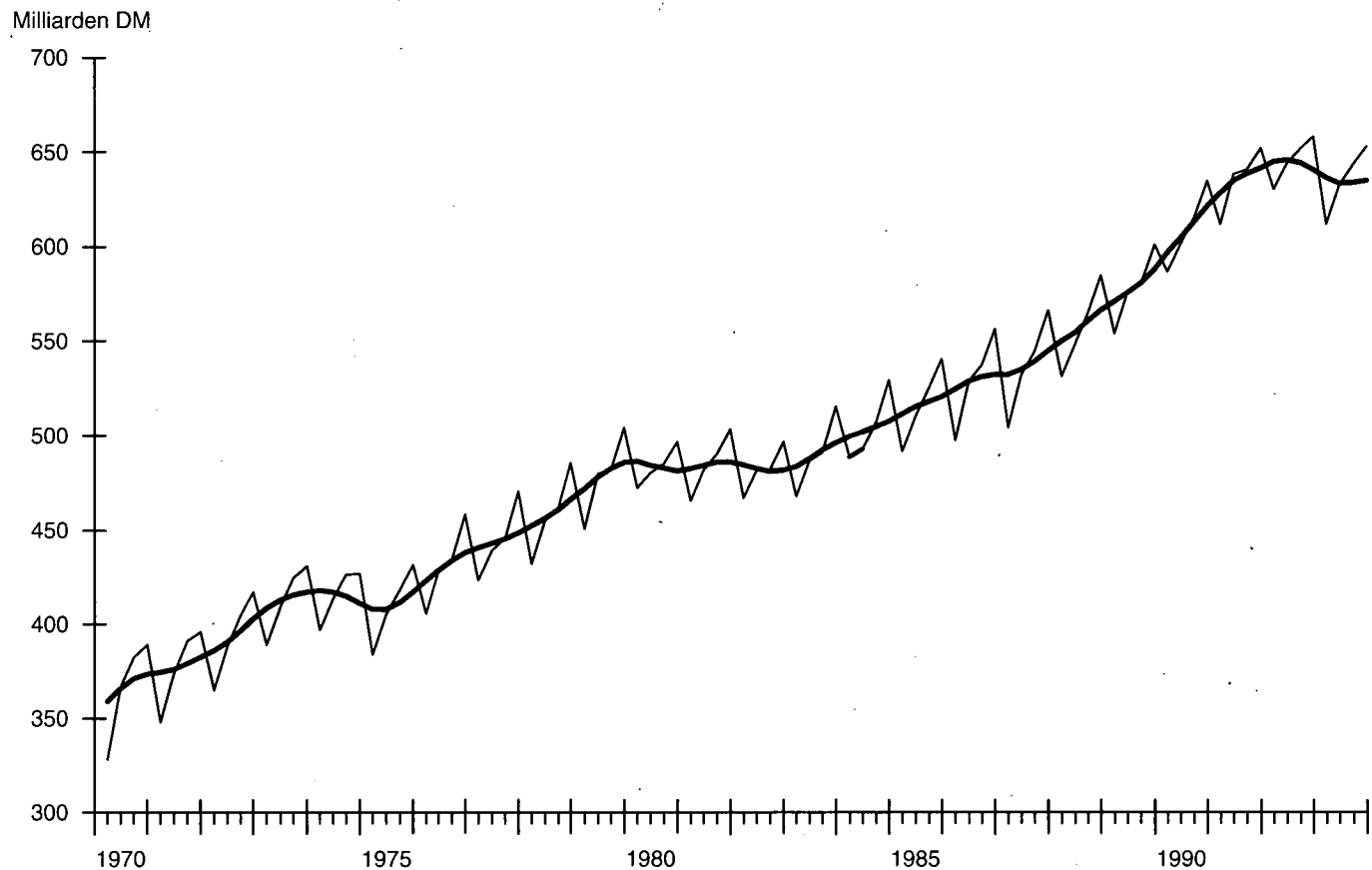


Schaubild 2 Reale Bruttowertschöpfung (unbereinigt) im früheren Bundesgebiet 1970 bis 1993 nach Quartalen



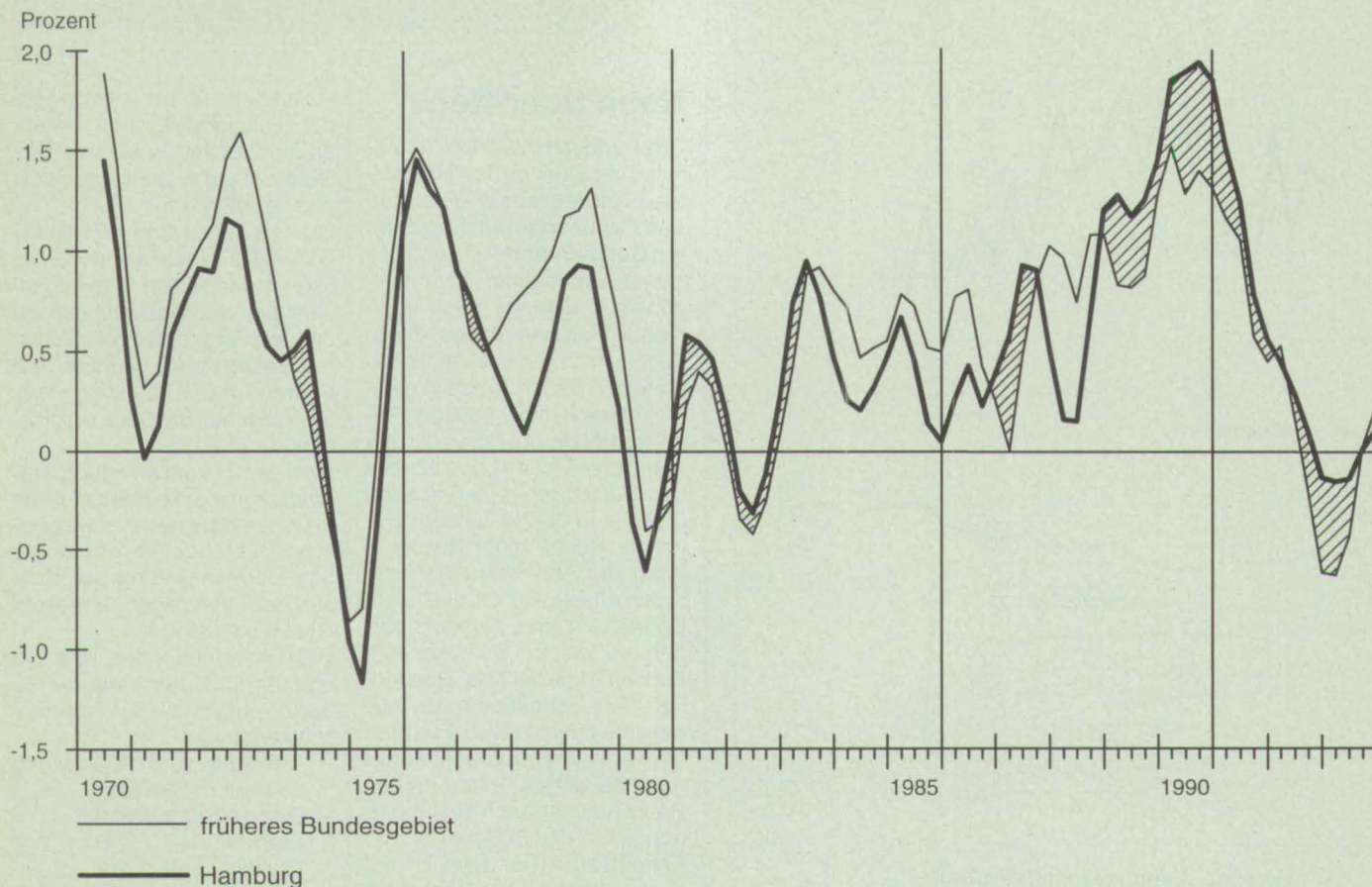
— Originalwerte — Saisonbereinigte Werte – glatte Komponente (bereinigt durch Berliner Verfahren – Version IV)

82 und die ausgeprägte Steigerung der Wertschöpfung von 1989 bis Anfang 1991 sowie Stagnation und leichten Rückgang auf hohem Niveau ab 1992 bis Ende 1993.

Viel deutlicher werden diese Parallelen, wenn man in Schaubild 3 für die glatte Komponente die Veränderung zum jeweils unmittelbar vorhergehenden Quartal be-

trachtet. Insgesamt sind zwischen 1970 und 1993 sowohl in Hamburg wie im Bundesgebiet elf Hochwerte und elf Tiefwerte festzustellen, wenn man von kleineren Aus-

Schaubild 3 Reale Bruttowertschöpfung (unbereinigt) in Hamburg und dem früheren Bundesgebiet 1970 bis 1993 nach Quartalen
 – glatte Komponente, Veränderung zum Vorquartal in Prozent –



schlagen der Kurven absieht. Von diesen 22 Extremwerten entfallen zwölf in Hamburg auf das gleiche Quartal wie im Bund. Viermal tritt ein Vorlauf, zweimal ein Nachlauf des Hamburger Extremwertes um ein Quartal auf. Zweimal ist ein Vorlauf (1986 und 1987), zweimal ein Nachlauf (1988 und 1990) um zwei Quartale und einmal ein Nachlauf (1977) um drei Quartale zu beobachten. Wie man sieht, stimmt in der überwiegenden Zahl der Fälle die Lage der Extremwerte in Hamburg mit der im Bund überein. Bei den Abweichungen halten sich Vor- und Nachlauf etwa die Waage. Es ist also im Durchschnitt aller Branchen (ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung) für die Periode 1970/93 keine allgemeine Tendenz für einen generellen Vor- oder Nachlauf der Konjunkturausschläge der wirtschaftlichen Leistung in Hamburg im Verhältnis zum Bundesgebiet festzustellen. Bei diesem schematischen Vergleich der beiden Kurven für Hamburg und den Bund ist allerdings noch nicht in Erwägung gezogen worden, ob nicht zumindest für die Periode 1970/84 die vergleichsweise einfache Ableitung der Quartalsaufteilung der Hamburger Jahreswerte von der des Bundes zu einer allein durch das Schätzverfahren verursachten relativen Übereinstimmung der beiden Kurven führte. Dieses

Argument trifft für jeden der elf Wirtschaftsbereiche sicherlich eher zu, als für die Summe der Wertschöpfung aller Bereiche, weil hier die deutlich andere Wirtschaftsstruktur in Hamburg zu einer ganz anderen Gewichtung der Bereiche mit ihrer jeweils spezifischen Saisonfigur führt. Außerdem sorgt das Korsett der originär hamburgischen Jahresdaten, die stets mit der Summe der geschätzten Quartalszahlen des betreffenden Jahres übereinstimmen, für eine Reduzierung von Schätzfehlern. Wenn man die beiden Kurven in ihrem Gesamtverlauf vergleicht, läßt sich erkennen, daß die Veränderungsdaten in Hamburg im allgemeinen bis 1988 deutlich unter denen des Bundes liegen mit ganz geringen Ausnahmen, insbesondere in den Perioden Ende 1980 bis Anfang 1983 sowie Ende 1986 bis Mitte 1987. Ab Anfang 1989 verläuft die Hamburger Kurve der Veränderungsdaten zum Vorquartal generell über der des Bundes, besonders ausgeprägt in 1990 bis Anfang 1991, was auf die durch die Wiedervereinigung verursachten Impulse auf die Hamburger Wirtschaft zurückzuführen ist. Auch der konjunkturelle Einbruch der wirtschaftlichen Leistung 1992/93 verlief in Hamburg deutlich schwächer als im alten Bundesgebiet. Die ersten vorläufigen Schätzungen des VGR- Arbeitskreises si-

gnalisieren auch für das erste Halbjahr 1994 in Hamburg ein über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (2,2 Prozent) liegendes Wirtschaftswachstum von real 2,7 Prozent im Verhältnis zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zum Abschluß sei angemerkt, daß die vorgestellten Quartalsreihen in einer Untergliederung nach elf Wirtschaftsbereichen, zusammen mit ergänzenden Informationen, auch als Basis für eine Schätzung der wahrscheinlichen wirtschaftlichen Entwicklung des laufenden Jahres verwendet werden. Es hat sich allerdings gezeigt, daß derartige Schätzungen relativ unsicher sind und nur Tendenzaussagen zulassen.

Joachim Müller

- 1) Siehe hierzu: Kohlhuber, Franz: Zielsetzung, Methode und Grenzen aktueller Berechnungen zum Wirtschaftswachstum. In: Bayern in Zahlen, Heft 3.1990.
- 2) Zu den Saisonbereinigungsverfahren vergleiche: Speht, Hans-Theo: Vergleich von Verfahren zur Komponenten-Zerlegung von Zeitreihen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1994. Es wird auf die in diesem Aufsatz zitierte weiterführende Literatur verwiesen.
- 3) Die Schnittstelle ist in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg erstellt worden. Die Schnittstelle wurde vom DIW geprüft und kann vom Statistischen Landesamt Hamburg (VGR-Referat) zusammen mit dem Saisonbereinigungsverfahren bezogen werden.
- 4) Programmsystem von IBM für mathematische Verfahren unter Verwendung der Matrixschreibweise und der Funktionalität der Linearen Algebra als Programmbefehle.

Neue Schriften

Das Bundesministerium für Familie und Senioren hat als Fünften Familienbericht „**Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens**“ herausgegeben. In dem von einer interdisziplinär zusammengesetzten Sachverständigenkommission erstellten Bericht wird ein differenziertes Bild der heutigen Familie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen und Bedingungen in den alten und neuen Bundesländern vermittelt. Neben einer Beschreibung der Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen und einer Darstellung ihres Wandels werden als weitere Schwerpunkthemen Familie und Gesundheit, die Einkommens- und Vermögenssituation von Familien sowie ihre Wohnungsversorgung behandelt. Einen breiten Raum nehmen auch Ausführungen über die Bedeutung von Erwerbsarbeit für Familie und die Problematik der Vereinbarkeit zwischen den Anforderungen der Familienaufgaben und den Anforderungen in Ausbildung und Beruf ein. Einen besonderen Hinweis verdienen die umfangreichen statistischen Grunddaten.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften – EUROSTAT – hat im Rahmen des Themenkreises „Bevölkerung und soziale Bedingungen“ das Jahrbuch **Bevölkerungsstatistik 1994** herausgegeben. Mit den darin veröffentlichten bevölkerungsstatistischen Daten lassen sich die verschiedenen demographischen Phänomene oder Indikatoren zwischen den einzelnen Ländern der Europäischen Gemeinschaften direkt vergleichen. Die Tabellen werden durch eine Reihe von Schaubildern illustriert. Ein besonderes Kapitel enthält auch Daten für die Länder der Europäischen Freihandelszone.

Das Statistische Bundesamt hat eine umfassende Sammlung von Zahlen und Fakten des

bislang nur verstreut vorliegenden kulturstatistischen Datenangebotes der Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt und veröffentlicht.

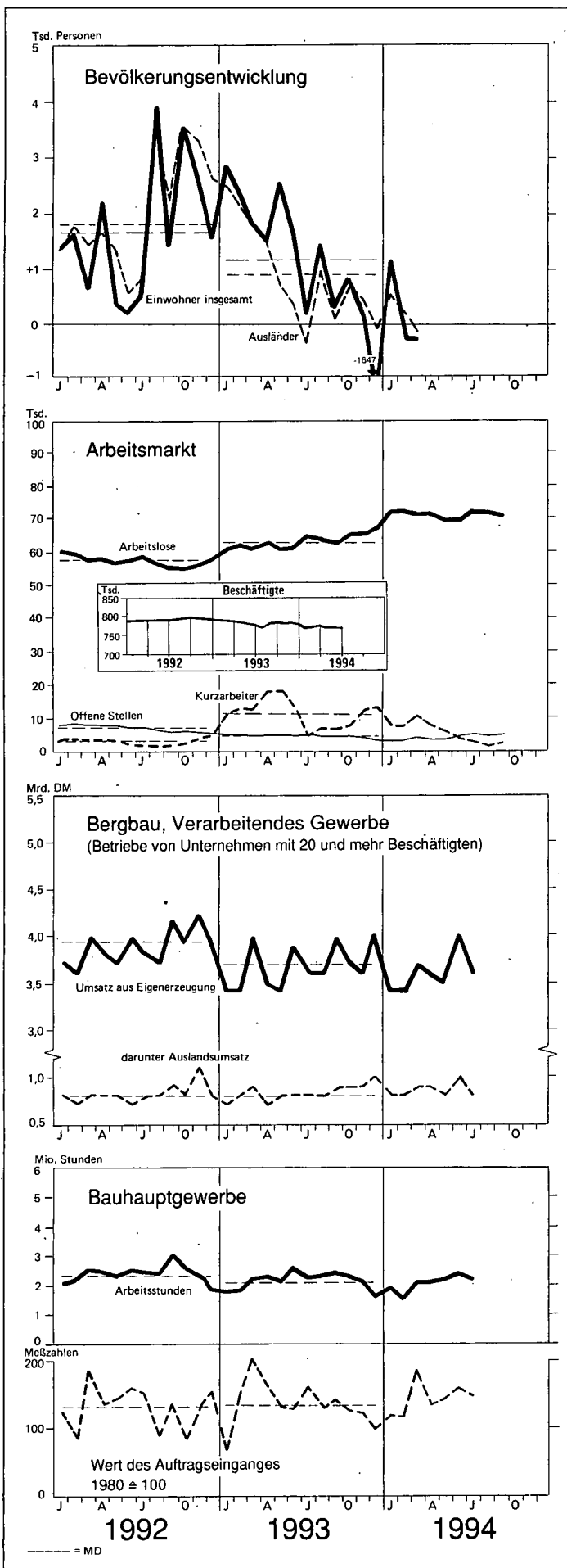
Die 410 Seiten starke Publikation mit 222 Tabellen und 74 Grafiken sowie einem Quellenverzeichnis der weiterführenden Literatur trägt den Titel „**Kultur in Deutschland – Zahlen und Fakten**“ und ist im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart, erschienen.

Mit dieser Datensammlung über das komplexe kulturelle Leben in Deutschland wird ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung und Harmonisierung der statistischen Grundlagen auf diesem Gebiet geleistet.

Die Systematik des Werkes umfaßt folgende Hauptbereiche beziehungsweise Themenschwerpunkte:

- Erhaltung und Ausstellung von kulturellem Erbe
- Druckerzeugnisse und Literatur
- Musik
- Darstellende Kunst
- Bildende Kunst
- Film und Video
- Fernsehen und Hörfunk
- Soziokulturelle Aktivitäten
- Querschnittsdarstellungen

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover, hat einen „**Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen – Ökonomische, soziale und ökologische Aspekte räumlicher Strukturen und Entwicklungen**“ – herausgegeben. Bei der Konzeption dieses Buches hat sich die Landeszentrale von der Vorstellung leiten lassen, das für Niedersachsen verfügbare statistische Datenmaterial zu ausgewählten zentralen Themenkomplexen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wie es in der Einführung zu dem Werk heißt, „behandelt der Atlas bewußt ein breites Spektrum von ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten regionaler Entwicklungsprobleme und -potentiale. Die einführenden Kapitel beschäftigen sich ausführlich mit den natürlichen



rt in Hamburg

Grundlagen, der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur, der Bevölkerungsentwicklung sowie dem Wohnungswesen. Ein weiterer Analyseschwerpunkt sind die regionalen Auswirkungen des sektoralen Strukturwandels und die Dynamik einzelner Wirtschaftszweige, von der Landwirtschaft über das Produzierende Gewerbe bis hin zu den Dienstleistungen. Dabei orientiert sich die Betrachtung nicht nur an der klassischen Branchengliederung, sondern es werden auch Aspekte der Betriebsgrößen, der Funktionalstruktur, der Technologieorientierung sowie der Forschungs- und Entwicklungsintensität beleuchtet. Nicht fehlen darf in einer modernen, problemorientierten Wirtschaftsgeographie eine eingehende Darstellung von Bildung und Wissenschaft sowie des Arbeitsmarktes einschließlich des qualitativen und beruflichen Strukturwandels. Abschließend werden die regionale Wirtschafts- und Technologiepolitik sowie das Zusammenwirken von Ökonomie und Ökologie behandelt."

Das Heft 4.1993 aus der Reihe „Informationen zur Raumentwicklung“ der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung zieht unter dem Titel „**Flächenhafte Verkehrsberuhigung**“ die Bilanz eines Modellvorhabens und zeigt auf, wo die künftigen Probleme des Stadtverkehrs liegen und welche – über die flächenhafte Verkehrsberuhigung hinausgehende – Handlungserfordernisse der Stadtverkehrsplanungen sich daraus ergeben. Die erzielten Ergebnisse lassen erkennen, daß flächenhafte Verkehrsberuhigung ein effizientes Lösungskonzept darstellt, die vom Kraftfahrzeugverkehr ausgehenden Belastungen zu reduzieren und stadtverträgliche Verkehrsarten wie den Fußgänger- und Radverkehr sowie den ÖPNV zu fördern. Darüber hinaus hat das Modellvorhaben auch generelle Impulse für die Neuorientierung der Stadtverkehrsplanung gegeben. Hier ist

etwa die Tempo-30-Regelung anzusprechen, die ganz maßgeblich durch die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben vorangetrieben wurde.

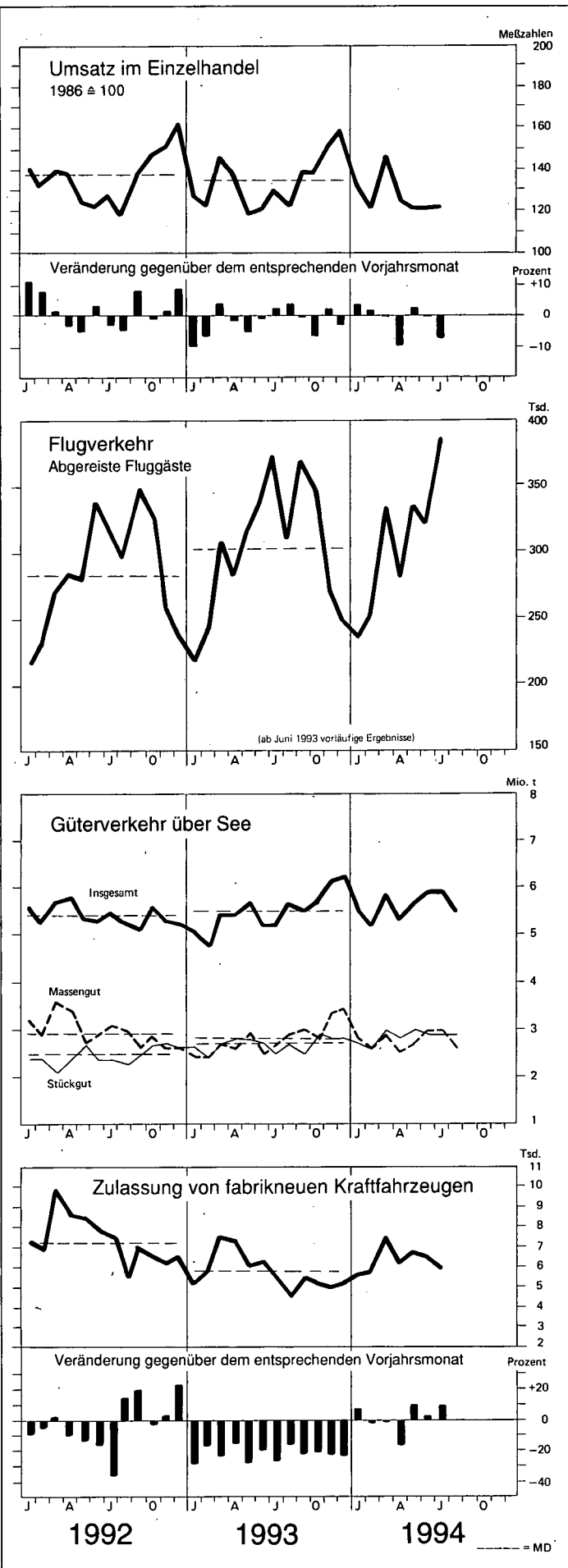
In Kürze

Von Ende 1986 bis zum Jahresende 1993 hat sich der **Bestand an Wohnungen** in Hamburg um fast 29 000 auf 808 000 Einheiten (plus vier Prozent) vergrößert. Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch den Mehrfamilienhausbau beeinflusst. Der Bestand an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ist um drei Prozent auf gut 631 000 angestiegen. Damit befinden sich nahezu 80 Prozent aller Wohnungen in Hamburg in Mehrfamilienhäusern. In der gleichen Zeit ist aber auch ein Anstieg bei den Ein- und Zweifamilienhäusern festzustellen. Die Zahl der Wohnungen in diesen Gebäuden hat um sechs Prozent auf 168 000 Einheiten zugenommen.

Eine vergleichsweise geringe Zahl der Wohnungen – insgesamt knapp 9000 – befinden sich in Nichtwohngebäuden. Dieses sind Hausmeisterwohnungen sowie sonstige Wohnungen in Schulen, Fabriken und Geschäftshäusern. Gegenüber 1986 ergab sich hier ein Zugang von immerhin acht Prozent.

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-1710
Auskünfte	3681-1738
	1766
	1768
 Leitseite * 36 502 #	
Teiln.-Nr. 040 365038	
Telefax	(040) 36 81-1700
Veröffentlichungen	3681-1719
Bibliothek	3681-1742
Für Thema:	
Soziale u. demograph.	
Aspekte der Wohnraumversorgung Hamburger	
Haushalte	3681-1757
Quartalsentwicklung der Bruttowertschöpfung in Hamburg	3681-1784



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993				1994		
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Dezember	Februar	März	April	
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ¹⁾	1000	1 677,2	1 699,5	1 694,1	1 695,9	1 697,4	1 702,9	1 703,8	1 703,5	...
und zwar männlich	"	801,1	816,4	813,2	814,6	815,7	818,3	818,9	818,7	...
weiblich	"	876,1	883,1	880,9	881,3	881,7	884,6	884,9	884,9	...
Ausländer und Ausländerinnen	"	220,9	241,6	238,3	240,2	241,8	244,6	245,3	245,2	...
Bezirk Hamburg-Mitte	"	243,0	245,7	246,0	246,0	246,3	244,6	244,3	244,1	...
Bezirk Altona	"	240,1	247,0	246,1	246,9	247,0	247,8	248,0	247,5	...
Bezirk Eimsbüttel	"	234,2	235,8	235,0	235,0	235,1	236,4	236,7	236,8	...
Bezirk Hamburg-Nord	"	280,7	283,3	281,9	282,4	282,6	284,1	283,9	284,0	...
Bezirk Wandsbek	"	388,4	391,6	390,2	390,7	391,0	392,2	392,2	392,5	...
Bezirk Bergedorf	"	100,7	103,2	102,5	102,5	102,6	104,5	104,8	104,7	...
Bezirk Harburg	"	190,1	192,9	192,3	192,4	192,6	193,3	193,9	193,9	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	751	714	372	537	711	744	408	609	603
* Lebendgeborene ³⁾	"	1 375	1 355	1 342	1 257	1 330	1 291	1 228	1 306	1 394
dar. ausländische Lebendgeborene	"	266	267	289	234	256	277	243	259	266
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 704	1 725	1 734	1 783	1 840	1 959	1 705	1 843	1 676
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	9	10	7	12	12	13	8	8	8
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	329	371	392	526	510	668	477	537	282
* Eheschließungen/Gestorbene	je 1000	5,4	5,0	2,9	3,7	5,1	5,1	3,1	4,2	...
* Lebendgeborene	Einwohner	9,8	9,6	10,3	8,7	9,5	8,9	9,4	9,0	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	12,2	12,2	13,4	12,4	13,2	13,5	13,0	12,7	...
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	1 Jahr	2,4	2,6	3,0	3,7	3,7	4,6	3,6	3,7	...
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000 Lebendgeb.	6,5	7,2	5,2	9,5	9,0	10,1	6,5	6,1	5,7
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	7 615	7 434	7 814	8 071	7 226	5 991	4 958	6 433	...
* Fortgezogene Personen	"	5 617	5 888	5 033	5 729	5 211	6 970	4 726	6 156	...
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	1 998	1 546	2 781	2 342	2 015	979	232	277	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	10 033	10 623	9 645	10 945	10 252	12 014	8 801	11 404	...
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	1 296	1 520	1 441	1 495	1 319	1 446	1 257	1 596	...
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	868	1 009	1 039	1 075	932	1 017	886	1 152	...
Niedersachsen	"	814	944	795	821	793	808	722	880	...
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	307	335	355	307	293	347	302	368	...
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 644	1 762	1 393	1 571	1 610	1 464	1 131	1 586	...
Ausland	"	3 862	3 209	4 185	4 184	3 504	2 273	1 848	2 371	...
b) Fortgezogen nach	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	1 636	1 768	1 560	1 801	1 590	2 332	1 545	1 868	...
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	1 231	1 361	1 181	1 357	1 201	1 888	1 174	1 481	...
Niedersachsen	"	922	1 014	897	931	1 000	1 440	899	1 091	...
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	468	540	456	491	530	918	463	607	...
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 158	1 128	1 026	1 102	1 075	1 166	952	1 036	...
Ausland	"	1 901	1 979	1 550	1 895	1 546	2 032	1 330	2 161	...
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	340	248	119	306	271	886	288	272	...
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	363	352	142	282	269	871	288	329	...
Niedersachsen	"	108	70	102	110	207	632	177	211	...
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	161	205	101	184	237	571	161	239	...
Umland insgesamt ⁷⁾	"	524	557	243	466	506	1 442	449	568	...
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	486	634	367	469	535	298	179	550	...
Ausland	"	1 961	1 230	2 635	2 289	1 958	241	518	210	...
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	Anzahl	1 669	1 175	2 389	1 816	1 505	1 647	245	260	...
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	11,9	8,3	18,4	12,6	10,8	11,4	1,9	1,8	...

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte⁸⁾										
Luftdruck ⁹⁾	hPa	1 016,1	1 016,0	1 015,4	1 013,1	1 017,1	1 014,2	1 016,6	1 018,3	1 013,5
Lufttemperatur	°C	10,6	9,3	15,9	16,4	15,6	13,4	15,6	22,9	18,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	75	76	67	74	76	69	71	57	71
Wind ¹⁰⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ¹¹⁾	Grad	5,3	5,6	5,5	6,0	4,8	4,9	5,4	3,6	4,9
Summenwerte										
Sonnenscheindauer	Std.	140,7	125,2	206,6	161,8	176,7	218,1	219,9	337,3	226,2
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	7	9	4	2	1	1	2	—	1
Tage mit Niederschlägen ¹²⁾	"	18	17	13	24	22	14	18	4	21
Niederschlagshöhe	mm	63,4	75,0	69,7	165,3	61,5	70,4	69,7	15,1	149,4

¹⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. — ²⁾ nach dem Ereignisort. — ³⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁴⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁵⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. — ⁶⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ⁷⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. — ⁸⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. — ⁹⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ¹⁰⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ¹¹⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ¹²⁾ Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	615 813	681 241	686 153	659 077	682 402	727 204	728 473	669 636	659 928
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	85 684	90 798	99 269	92 875	81 146	98 512	99 168	85 008	81 740
Besucher der Lesesäle	"	40 125	41 512	47 850	42 086	26 367	45 323	48 987	62 680	33 859
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	"									
Besucher der Bibliothek und Archive	"	5 316	5 598	5 074	5 291	5 291	5 947	5 672	5 080	6 470
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	2 957	2 876	2 398	3 085	3 085	2 349	2 597	2 496	3 222
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 836	1 823	1 605	1 877	1 877	1 784	1 890	1 798	2 090
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	91 450	135 660	154 585	184 131	284 205	84 580	100 316	119 791	...
davon Hamburger Kunsthalle	"	12 877	36 478	40 030	95 042	150 504	15 573	16 383	65 815	99 457
Altonaer Museum in Hamburg	"									
Norddeutsches Landesmuseum	"	11 693	12 244	11 269	9 098	15 462	9 230	10 704	5 173	6 070
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	12 042	14 461	15 088	8 738	8 488	8 992	9 909	5 600	5 442
Hamburger Museum für Archäologie und die Stadtgeschichte Harburgs	"	3 345	2 988	1 636	1 789	1 124	795	2 029	685	1 914
Museum für Hamburgische Geschichte	"	20 525	26 551	51 698	31 560	34 367	24 055	24 898	20 063	23 704
Museum für Kunst und Gewerbe	"	18 011	29 866	20 239	24 307	61 286	14 133	17 571	10 734	...
Planetarium	"	10 991	11 019	11 008	11 871	11 116	8 999	10 692	9 274	11 490
Bischofsburg	"	1 965	2 054	3 617	1 726	1 858	2 803	3 994	2 447	1 613
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	471 630	417 280	457 844	439 473	436 301	395 640	531 104	963 423	484 367
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	792 100	p 783 400	783 000	776 000	785 200	p 771 700
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	"	57 441	62 929	61 224	64 894	64 218	69 700	69 222	72 791	72 489
* davon Männer	"	34 504	38 286	37 100	39 128	38 844	43 247	42 668	44 399	44 087
Frauen	"	22 937	24 643	24 124	25 766	25 374	26 453	26 554	28 392	28 402
Arbeitslosenquote	%	7,9	8,6	8,3	8,8	8,7	9,6	9,5	10,0	9,9
Kurzarbeiter	Anzahl	3 056	11 675	13 577	4 564	6 740	6 248	3 328	2 814	1 275
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	82 384	91 155	90 345	93 813	92 180	98 962	100 064	102 226	100 789
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	4 498	4 537	4 500	4 685	4 588	4 649	4 612	4 792	4 729
Offene Stellen										
"	"	7 116	4 629	4 748	4 721	4 289	3 662	4 391	4 686	4 323
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	797	763	885	760	732	886	806	783	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,1	97,1	95,3	92,2	96,7	96,8	95,4	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,3	13,8	16,3	13,5	13,0	16,1	16,4	15,4	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,6	4,3	4,5	3,4	4,1	3,6	3,5	3,0	4,1
* Kälber	"	2,6	1,9	2,6	1,7	2,2	3,6	2,6	2,7	2,1
* Schweine	"	17,9	15,9	15,8	14,8	15,6	10,7	10,3	10,1	12,2
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	3 663	3 009	3 177	2 642	2 994	2 625	2 399	2 213	2 593
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 718	1 321	1 438	1 078	1 298	1 131	1 094	928	1 205
* Kälber	"	363	265	370	232	300	512	368	369	301
* Schweine	"	1 580	1 421	1 366	1 331	1 396	977	937	915	1 086
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Ergebnisse über Betriebe										
* Beschäftigte	Anzahl	134 214	126 589	126 493	126 358	r 126 530	119 336	119 071	118 664	119 321
* dar. Arbeiter ⁵⁾	"	69 116	63 645	63 713	63 529	r 63 545	58 536	58 406	58 397	58 619
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	8 899	8 038	8 187	7 477	r 7 725	7 658	7 980	7 425	7 338
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	297	277	280	270	r 272	292	275	255	267
* Bruttogehaltssumme	"	438	442	480	424	r 417	454	463	409	408
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	8 493	8 176	8 505	8 071	r 8 202	7 866	8 418	7 937	8 167
dar. Auslandsumsatz	"	1 043	1 022	1 033	984	r 1 006	1 000	1 193	959	1 022
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 t (SK ⁹⁾)	5	5	5	5	r 5	5	5	5	5
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	97 203	97 379	88 958	88 958	r 88 958	128 122	95 494	95 494	95 494
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 232	1 239	1 227	1 227	r 1 227	1 243	1 228	1 228	1 228
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	52	48	45	45	r 45	51	50	50	50
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	5	5	5	r 5	7	8	8	8
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	47	43	40	40	r 40	44	42	42	42

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den August-Spalten der Jahre 1993 und 1994 beziehen sich jeweils auf das 2. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Fachliche Betriebsteile										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 913	3 688	3 910	3 640	3 616	3 547	3 952	3 645	3 573
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 865	1 749	1 915	1 811	1 759	1 846	1 974	1 880	1 874
Investitionsgütergewerbe	"	1 275	1 182	1 239	1 093	1 055	1 074	1 311	1 169	1 045
Verbrauchsgütergewerbe	"	172	165	166	161	180	138	159	156	164
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	602	592	591	574	623	490	507	440	489
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 264	22 231	22 320	22 622	22 576	21 805	21 707	21 754	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	16 911	16 603	13 166	16 885	16 848	12 857	12 649	12 864	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 320	2 133	2 524	2 236	2 337	2 226	2 410	2 184	...
* davon für Wohnungsbau	"	521	492	605	517	549	555	589	512	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 139	1 008	1 174	1 038	1 093	975	1 064	953	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	661	633	749	681	695	696	757	714	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	77	76	78	80	82	63	77	75	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	27	30	28	31	28	26	31	32	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	402	429	441	429	439	412	425	461	...
davon im Wohnungsbau	"	72	86	77	79	102	81	80	108	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	219	231	240	214	217	211	212	212	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	111	112	124	136	120	120	132	141	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	9 593	9 770	9 566	9 474	9 730	9 874	9 942	9 967	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 535	7 659	7 420	7 438	7 679	7 693	7 666	7 776	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 067	1 079	1 067	1 015	1 088	1 073	1 142	1 056	...
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	31	33	32	32	33	33	34	32	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	11	12	12	12	12	13	15	13	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	136	138	130	116	120	120	138	130	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	130	163	107	74	140	108	120	112	118
* Stromverbrauch	"	1 064	1 072	953	951	983	993	967	948	945
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	2 101	2 402	1 144	954	1 244	1 489	1 355	1 063	973
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"
Investitionsgütergewerbe	"
Verbrauchsgütergewerbe	"
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"
Bauhauptgewerbe	"
Bau- und Wohnungswesen⁸⁾										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	147	134	.	.	.	153	189	153	167
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	111	91	.	.	.	115	134	110	111
* Rauminhalt	1000 m ³	223	235	.	.	.	204	280	199	372
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	120,8	139,8	.	.	.	118,1	175,9	116,6	208,5
* Wohnfläche	1000 m ²	43,7	45,0	.	.	.	38,2	54,3	39,0	15,3
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	28	25	.	.	.	14	21	24	34
* Rauminhalt	1000 m ³	314	350	.	.	.	36	79	345	421
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	101,3	129,0	.	.	.	19,5	30,6	160,4	311,8
* Nutzfläche	1000 m ²	57,4	63,0	.	.	.	7,2	14,3	65,1	83,7
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	784	848	.	.	.	697	848	560	1 080
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	174	145	.	.	.	91	63	52	50
Nichtwohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	25	29	.	.	.	14	15	9	7
Rauminhalt	1000 m ³	326	486	.	.	.	89	132	85	260
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	623	658	.	.	.	439	669	369	503
Gebäude- und Wohnungsbestand⁹⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	214	216	.	.	.	216	216	216	s 812
Wohnungen	"	801	808	.	.	.	811	811	812	s 216

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Die vorliegenden Ergebnisse können sich durch Nachmeldungen ändern. - ⁹⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	131,2	136,0				140,0			
Wohngebäude insgesamt	"	131,4	136,3				140,4			
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	131,1	135,8				139,7			
Mehrfamiliengebäude	"	130,9	135,4				139,0			
Gemischt genutzte Gebäude	"	130,9	135,2				138,8			
Bürogebäude	"	130,6	133,9				136,5			
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld²⁾										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	34 338,8	30 792,8	32 278	31 041	29 939	28 240	29 562	28 700	27 607
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	4 484,4	3 933,6	4 170,6	39 92,3	3 784,6	3 536,6	3 726,1	3 625,4	3 441,5
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾)	Mio. DM	469	514	1 076	890	893	1 107
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	75	87	154	105	144	155
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	393	427	922	785	750	952
* davon Rohstoffe	"	4	4	8	6	4	9
* Halbwaren	"	53	54	112	118	102	218
* Fertigwaren	"	337	369	803	660	643	725
* davon Vorerzeugnisse	"	41	46	86	105	67	93
* Enderzeugnisse	"	296	323	717	555	576	632
* nach Europa	"	330	371	761	582	595	718
* dar. EG-Länder	"	217	246	467	385	411	483
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁴⁾										
Einfuhr	"	4 512	5 127	4 537	4 541	4 739
davon Europa	"	2 714	3 172	2 754	2 640	2 847
dar. EG-Länder	"	2 044	2 301	2 149	1 914	2 170
Außereuropa	"	1 799	1 955	1 783	1 902	1 892
Ausfuhr	"	2 668	3 147	3 136	2 114	2 810
davon Europa	"	1 908	2 411	2 372	1 336	1 988
dar. EG-Länder	"	1 365	1 822	1 756	831	1 541
Außereuropa	"	760	736	764	778	822
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	99,0	r 95,3	95,0	89,8	r 94,0	100,1	102,7	90,9	...
* davon Binnengroßhandel	"	105,2	r 104,8	107,7	101,3	r 106,1	110,0	115,0	102,9	...
* Außenhandel	"	93,6	r 86,8	83,7	79,6	r 83,3	91,3	91,7	80,3	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	137,1	134,1	120,9	131,3	r 122,3	119,5	122,1	121,9	...
darunter Warenhäuser	"	117,9	116,5	99,0	117,5	100,5	93,8	95,8	101,5	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	145,7	147,9	151,9	143,1	r 145,6	154,1	145,4	137,9	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	157,5	163,5	176,1	140,1	r 151,6	176,3	172,7	145,2	...
Gaststätten-gewerbe	"	142,0	143,2	140,3	147,0	r 146,2	149,6	134,8	134,5	...
Fremdenverkehr⁵⁾										
* Gäste	1000	181	178	209	189	192	191	200	190	...
* darunter Auslandsgäste	"	45	42	56	50	47	40	48	50	...
* Übernachtungen	"	337	330	378	344	356	377	371	362	...
* darunter von Auslandsgästen	"	85	80	98	91	90	77	90	96	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 076	s 1 047	993	1 031	1 038	s 1 068	s 1 066	s 1 030	s 1 059
Angekommene Schiffe	1000 t	5 407	p 5 488	5 251	5 258	5 555	p 5 700	p 5 910	p 5 863	p 5 497
Güterverkehr über See	"	3 460	p 3 513	3 396	3 233	3 631	p 3 557	p 3 684	p 3 666	p 3 447
davon Empfang	"	1 278	p 1 306	1 341	1 235	1 335	p 1 473	p 1 471	p 1 390	p 1 493
dar. Sack- und Stückgut	"	1 947	p 1 975	1 855	2 025	1 924	p 2 143	p 2 225	p 2 197	p 2 050
Versand	"	1 272	p 1 386	1 355	1 411	1 380	p 1 517	p 1 472	p 1 480	p 1 453
dar. Sack- und Stückgut	"	1 272	p 1 386	1 355	1 411	1 380	p 1 517	p 1 472	p 1 480	p 1 453
Umgeschlagene Container ⁶⁾	Anzahl	189 040	207 178	206 746	205 356	214 527	231 470	218 993	229 717	230 695
in Containern umgeschlagene Güter ⁶⁾	1000 t	1 875	2 106	2 127	2 070	2 124	2 226	2 260	2 320	2 351
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	324	374	357	317	317	p 351
* Güterversand	"	360	386	312	356	328	p 432
Luftverkehr⁷⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 286	p 9 523	10 739	10 489	10 533	p 10 090	p 10 109	p 10 032	...
Fluggäste	t	564 931	p 605 344	648 252	711 582	661 953	p 662 034	p 650 576	p 698 283	...
Fracht	t	3 130	p 3 009	2 759	2 845	2 874	p 2 984	p 3 203	p 3 048	...
Luftpost	"	1 688	p 1 900	1 957	1 832	1 793	p 1 646	p 1 687	p 1 720	...
Personenbeförderung im Stadtverkehr⁸⁾										
Schnellbahnen	1000	27 508	28 195	27 244	25 507	26 458	29 146	27 815
Busse (ohne Private)	"	21 120	21 662	20 880	19 590	20 286	22 405	21 302

1) für Neubau in konventioneller Bauart. - 2) Infolge eines neuen Erhebungsmodus ist ein Vergleich mit früheren Veröffentlichungen nicht mehr möglich. - 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. - 4) Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - 5) Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - 6) ohne Massen- und Privatquartiere. - 7) umgerechnet auf 20-Fuß-Einheiten. - 8) einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - 9) gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - 10) ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 310	5 770	6 309	5 391	4 544	6 737	6 498	5 886	p 4 479
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	6 454	5 083	5 524	4 728	4 006	5 639	5 605	5 134	p 3 825
* Lastkraftwagen	"	492	332	312	274	291	526	416	330	p 366
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	798	764	959	769	830	835	933	824	...
* Getötete Personen	"	6	6	4	5	7	5	3	3	...
* Verletzte Personen	"	1 026	997	1 206	1 011	1 100	1 111	1 177	1 074	...
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	156 470	171 795	159 346	.	.	.	179 282	.	.
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	145 683	160 196	148 589	.	.	.	167 159	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	28 678	27 969	26 926	.	.	.	27 561	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	28 258	27 308	26 838	.	.	.	27 364	.	.
* an öffentliche Haushalte	"	420	661	88	.	.	.	197	.	.
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	17 128	16 461	16 572	.	.	.	15 707	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	11 507	11 522	11 058	.	.	.	11 372	.	.
* an öffentliche Haushalte	"	5 621	4 939	5 514	.	.	.	4 335	.	.
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	99 877	115 766	105 091	.	.	.	123 891	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	80 546	92 744	84 025	.	.	.	98 877	.	.
* an öffentliche Haushalte	"	19 331	23 022	21 066	.	.	.	25 014	.	.
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	"	85 401	92 966	86 159	.	.	.	95 509	.	.
* Sichteinlagen und Termingelder	"	68 022	73 435	68 350	.	.	.	75 338	.	.
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	59 503	65 457	60 063	.	.	.	67 823	.	.
* von öffentlichen Haushalten	"	8 519	7 978	8 287	.	.	.	7 515	.	.
* Spareinlagen	"	17 379	19 531	17 809	.	.	.	20 171	.	.
* bei Sparkassen	"	9 242	10 397	9 423	.	.	.	11 007	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾ – MD ab 1992 –	"	1 352	1 463	1 240	.	.	.	1 358	.	.
* Lastschriften auf Sparkonten – MD ab 1992 –	"	1 325	1 274	1 150	.	.	.	1 276	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	38	54	63	56	44	53	49	74	67
* Vergleichsverfahren	"	-	0	-	-	-	-	-	-	1
* Wechselproteste (ohne die bei der Post) – MD ab 1992 –	"	118	121	119	.	.	.	111	.	.
* Wechselsumme – MD ab 1992 –	Mio. DM	3,2	2,3	2,3	.	.	.	3	.	.
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 253	35 271	33 097	31 535	39 072	36 812	40 453	36 945	42 784
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	2 219,3	2 439,3	3 217,0	2 186,2	2 291,3	2 792,5	2 933,4	2 359,5	2 198,2
* Steuern vom Einkommen ⁷⁾	"	1 354,9	1 318,1	2 024,4	1 156,0	995,9	1 309,2	1 830,2	1 208,0	961,0
* Lohnsteuer ⁸⁾	"	939,7	960,2	1 036,5	972,5	925,0	987,4	1 001,8	1 019,7	916,1
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	185,7	158,0	425,2	5,8	38,7	26,6	359,7	29,2	- 24,5
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	76,9	59,5	97,6	123,6	106,6	99,1	85,7	196,6	90,4
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	152,6	107,3	426,0	2,6	108,0	166,5	354,2	79,1	- 51,0
* Steuern vom Umsatz	"	864,4	1 121,2	1 192,6	1 030,2	1 295,4	1 483,3	1 103,2	1 151,5	1 237,2
* Umsatzsteuer	"	563,1	882,1	917,5	800,9	1 074,8	1 211,0	870,6	929,8	987,2
* Einfuhrumsatzsteuer	"	301,3	239,1	275,1	229,3	220,6	272,3	232,6	221,7	249,9
* Bundessteuern	"	2 196,8	2 139,4	2 184,5	2 011,5	2 263,0	2 616,6	2 314,1	2 400,6	2 433,5
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	58,4	57,0	63,0	58,6	52,5	83,9	56,7	53,6	55,9
* Verbrauchsteuern	"	2 011,5	1 996,3	2 051,0	1 886,9	2 076,5	2 455,0	2 187,0	2 281,3	2 263,2
* Landessteuern	"	87,0	87,1	55,1	72,0	134,5	121,8	61,0	68,6	133,2
* Vermögensteuer	"	27,4	25,0	2,8	0,4	68,2	66,9	5,2	6,4	66,9
* Kraftfahrzeugsteuer	"	21,0	20,9	21,2	21,9	20,9	19,4	20,9	22,8	21,8
* Biersteuer	"	3,5	4,8	5,9	7,3	5,2	4,9	6,0	5,6	6,5
* Gemeindesteuern	"	204,5	193,3	60,1	95,0	498,5	485,3	48,0	132,1	495,9
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,0	0,4	0,1	0,0	0,2	0,4
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	34,4	35,7	10,8	57,6	81,5	88,4	11,2	68,2	89,6
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	168,2	155,6	47,7	35,7	413,5	395,1	34,9	61,8	402,3

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. – ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. – ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postbank. – ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. – ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. – ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. – ⁷⁾ einschließlich Zinsabschlagsteuer. – ⁸⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. – ⁹⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. – ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeiträge abgeglichen. – ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. – ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1992	1993	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	3 304,1	3 367,1	3 773,1	3 103,5	3 466,2	4 065,0	3 763,7	3 595,3	3 588,1
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	593,1	573,2	900,2	501,5	432,7	576,8	811,2	522,9	411,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	561,9	706,4	751,3	649,0	816,1	934,5	695,0	725,4	779,4
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	10,7	5,1	-	-	16,0	20,9	-	-	19,2
* Steuereinnahmen des Landes	"	639,8	656,1	1 015,6	287,7	795,7	932,2	875,2	222,6	722,9
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	423,4	410,2	887,8	29,5	398,6	572,9	794,3	-	389,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	116,7	149,8	72,6	186,3	238,6	216,6	19,9	168,3	180,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage ⁴⁾	"	12,7	8,9	-	-	16,0	20,9	-	-	19,2
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	301,7	300,6	283,2	97,5	606,3	598,8	255,0	142,5	594,5
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁵⁾	"	144,8	141,7	47,7	35,7	373,6	353,2	34,9	61,8	363,9
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ³⁾	"	120,6	121,3	223,1	2,5	147,7	155,3	207,0	10,4	137,0
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁶⁾	"	925,7	955,7	1 444,6	367,5	1 384,1	1 508,9	1 288,7	343,0	1 295,4
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	1 015	1 053	.	1 072	.	.	.	1 108	.
* dar. Facharbeiter	"	1 058	1 095	.	1 117	.	.	.	1 157	.
* weibliche Arbeiter	"	714	739	.	745	.	.	.	762	.
* dar. Hilfsarbeiter	"	658	672	.	685	.	.	.	690	.
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	25,82	27,50	.	27,59	.	.	.	28,45	.
* dar. Facharbeiter	"	26,84	28,61	.	28,70	.	.	.	29,73	.
* weibliche Arbeiter	"	18,79	19,90	.	19,94	.	.	.	20,33	.
* dar. Hilfsarbeiter	"	17,32	18,11	.	18,31	.	.	.	18,53	.
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	6 378	6 720	.	6 766	.	.	.	7 009	.
* weiblich	"	4 608	4 867	.	4 881	.	.	.	5 057	.
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	6 288	6 477	.	6 507	.	.	.	6 672	.
* weiblich	"	4 527	4 630	.	4 646	.	.	.	4 809	.
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	5 385	5 602	.	5 563	.	.	.	5 812	.
* weiblich	"	3 900	4 145	.	4 129	.	.	.	4 344	.
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	25 630	23 890	27 442	25 823	27 684	19 460	25 118	21 062	21 506
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	9	8	37	3	-	-	52	5	3
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	133	115	131	138	114	106	161	119	131
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 351	1 444	1 581	1 780	1 452	1 100	1 527	1 401	1 316
Diebstahl	"	2 582	2 278	3 944	2 817	2 729	2 044	3 907	2 024	4 528
dar. unter erschwerenden Umständen	"	17 468	16 269	17 597	17 411	19 786	12 884	15 883	14 164	11 995
Außerdem Verkehrsvergehen	"	11 299	9 625	10 619	10 199	11 882	7 398	9 644	8 831	7 269
Außerdem Verkehrsvergehen	"	1 023	1 098	891	1 138	1 179	1 104	1 108	1 131	1 178
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	.	182 948	13 734	13 598	14 049	18 000	...	18 921	17 740
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	.	9 779	784	664	705	722	...	952	689
Rettungswageneinsätze	"	.	1 752	136	115	118	173	...	190	128
	"	.	148 687	11 290	11 126	11 377	15 491	...	15 219	14 640
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	.	418

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ einschließlich Erhöhungsbetrag Fonds Dt. Einheit. - ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁶⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorf	Frankfurt/Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Bevölkerung														
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 93	1 703,5	3 471,6	550,8	480,2	576,3	663,6	525,5	962,7	492,6	1 257,9	499,7	597,2
		2. Vj. 93	1 701,6	3 471,5	552,7	480,5	577,6	663,6	525,3	961,6	494,2	1 256,3	499,8	598,0
darunter Ausländer	%	3. Vj. 93	14,3	11,1	12,2	2,4	15,2	28,1	13,1	18,2	2,6	21,6	15,6	24,4
		2. Vj. 93	14,3	11,0	12,1	2,2	15,2	27,9	13,0	18,1	2,5	21,2	15,6	24,3
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 93	4 280	7 530	1 395	672	1 281	1 516	1 470	2 725	674	3 216	1 292	1 609
		2. Vj. 93	4 172	7 218	1 320	618	1 400	1 401	1 293	2 395	646	3 005	1 223	1 486
darunter Ausländer	%	3. Vj. 93	19,4	19,9	16,8	3,7	21,1	32,5	18,3	24,5	4,0	23,3	24,4	32,4
		2. Vj. 93	20,3	22,0	18,0	4,0	24,1	38,3	20,0	25,2	4,5	22,8	24,0	32,1
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	10,0	8,6	10,0	5,6	8,8	9,1	11,1	11,2	5,4	10,1	10,3	10,7
		2. Vj. 93	9,9	8,3	9,6	5,2	9,7	8,5	9,9	10,0	5,2	9,6	9,8	10,0
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 93	4 824	9 536	1 648	1 276	1 667	1 605	1 498	2 410	1 487	3 040	1 447	1 372
		2. Vj. 93	5 091	9 766	1 641	1 331	1 718	1 828	1 534	2 546	1 615	2 978	1 519	1 462
Gestorbene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	11,2	10,9	11,8	10,5	11,5	9,6	11,3	9,9	12,0	9,6	11,5	9,1
		2. Vj. 93	12,0	11,3	11,9	11,1	11,9	11,0	11,7	10,6	13,1	9,5	12,2	9,8
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	3. Vj. 93	- 544	- 2 006	- 253	- 604	- 386	- 89	- 28	+ 315	- 813	+ 176	- 155	+ 237
		2. Vj. 93	- 919	- 2 548	- 321	- 713	- 318	- 427	- 241	- 151	- 969	+ 27	- 296	+ 24
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 93	22 040	31 415	4 372	3 938	7 627	13 198	7 699	10 865	2 998	26 129	9 379	12 739
		2. Vj. 93	22 808	28 048	5 090	2 725	6 506	11 479	6 169	9 862	2 418	20 135	7 669	9 628
Zugezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	51,4	35,9	31,4	32,5	52,4	78,9	58,1	44,8	24,1	82,5	74,5	84,6
		2. Vj. 93	53,9	32,4	36,9	22,7	45,2	69,4	47,1	41,2	19,6	64,2	61,5	64,5
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 93	19 593	29 289	5 998	3 595	8 536	13 156	7 470	10 106	3 707	24 719	9 355	13 721
		2. Vj. 93	16 148	22 195	5 458	2 284	6 600	11 494	5 896	8 898	2 806	22 206	7 317	10 998
Fortgezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	45,7	33,5	43,1	29,7	58,7	78,7	56,4	41,7	29,8	78,0	74,3	91,1
		2. Vj. 93	38,1	25,7	39,6	19,1	45,8	69,4	45,0	37,1	22,7	70,8	58,7	73,7
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	3. Vj. 93	+ 2 447	+ 2 126	- 1 626	+ 343	- 909	+ 42	+ 229	+ 759	- 709	+ 1 410	+ 24	- 982
		2. Vj. 93	+ 6 667	+ 5 853	- 368	+ 441	- 94	- 15	+ 273	+ 964	- 388	- 2 071	+ 352	- 1 370
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	+ 5,7	+ 2,4	- 11,7	+ 2,8	- 6,3	+ 0,3	+ 1,7	+ 3,1	- 5,7	+ 4,4	+ 0,2	- 6,5
		2. Vj. 93	+ 15,7	+ 6,8	- 2,7	+ 3,7	- 0,7	- 0,1	+ 2,1	+ 4,0	- 3,1	- 6,6	+ 2,8	- 9,2
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	3. Vj. 93	+ 1 903	+ 120	- 1 879	- 261	- 1 295	- 47	+ 201	+ 1 074	- 1 522	+ 1 586	- 131	- 745
		2. Vj. 93	+ 5 741	+ 3 305	- 689	- 272	- 412	- 442	+ 32	+ 813	- 1 357	- 2 044	+ 56	- 1 346
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	+ 4,4	+ 0,1	- 13,5	- 2,2	- 8,9	- 0,3	+ 1,5	+ 4,4	- 12,2	+ 5,0	- 1,0	- 4,9
		2. Vj. 93	+ 13,6	+ 3,8	- 5,0	- 2,3	- 2,9	- 2,7	+ 0,2	+ 3,4	- 11,0	- 6,5	+ 0,4	- 9,0
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 93	31 915	76 819	11 216	5 004	10 510	11 559	11 801	18 210	...	31 951	10 104	12 726
		2. Vj. 93	29 955	72 107	12 122	5 590	10 020	10 288	9 929	13 471	...	28 424	9 085	11 083
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	74,4	87,8	80,6	41,3	72,3	69,1	89,1	75,1	...	100,8	80,2	84,5
		2. Vj. 93	70,7	83,4	87,9	46,7	69,6	62,2	75,8	56,2	...	90,7	72,9	74,3
Arbeitsmarkt¹⁾²⁾														
Sozialversich.-pflicht. beschäft. Arbeitnehmer	1000	3. Vj. 93	789,9	...	255,6	...	360,3	487,0	306,4	445,7	...	689,5	288,0	371,1
		2. Vj. 93	783,0	...	254,1	242,2	359,3	487,4	306,2	443,2	219,2	689,0	285,2	369,8
Arbeitslose und zwar	Anzahl	3. Vj. 93	63 394	...	28 193	26 317	27 528	36 186	40 913	50 086	35 983	45 798	21 770	19 141
		2. Vj. 93	61 224	...	27 492	24 347	26 599	33 005	39 671	48 638	32 064	42 233	19 737	18 257
Männer	"	3. Vj. 93	38 632	...	16 547	10 142	16 961	21 557	24 107	31 681	12 720	26 009	11 952	12 139
		2. Vj. 93	37 100	...	16 169	9 767	16 495	19 817	23 154	30 826	11 347	24 134	10 777	11 594
Frauen	"	3. Vj. 93	24 762	...	11 646	16 175	10 567	14 629	16 806	18 405	23 263	19 789	9 818	7 002
		2. Vj. 93	24 124	...	11 323	14 580	10 104	13 188	16 517	17 812	20 717	18 099	8 960	6 663
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 93	4 454	...	2 499	887	1 803	3 414	3 201	2 992	2 078	5 240	1 915	1 167
		2. Vj. 93	4 500	...	2 408	843	1 734	3 196	3 099	3 022	2 035	4 854	1 752	1 104
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 93	8,6	...	11,7	11,5	10,2	6,3	11,3	11,8	12,6	4,9	8,0	6,9
		2. Vj. 93	8,3	...	10,9	10,6	9,9	5,7	11,0	11,5	11,2	4,5	7,2	6,6
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 93	10 753	...	4 059	666	5 822	10 939	7 787	12 733	595	12 234	5 263	7 675
		2. Vj. 93	10 310	...	3 811	707	5 603	10 213	7 222	12 206	646	11 590	4 776	7 404
Offene Stellen	"	3. Vj. 93	4 195	...	1 975	869	2 261	6 217	2 124	3 267	1 790	14 538	2 347	3 135
		2. Vj. 93	4 748	...	1 767	1 079	2 533	6 979	2 304	3 470	1 632	16 493	2 502	3 357
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 93	6 989	...	4 059	3 800	3 636	7 150	2 387	4 325	...	11 701	6 244	8 766
		2. Vj. 93	13 577	...	4 068	4 700	11 044	9 805	12 534	9 806	...	21 047	11 365	11 902

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin	Bremen	Dresden	Düsseldorf	Frankfurt/Main	Hannover	Köln	Leipzig	München	Nürnberg	Stuttgart
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾														
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 93	126 006	188 754	67 560	22 126	61 992	88 723	63 677	81 280	17 780	149 427	78 916	101 444
		2. Vj. 93	126 493	193 897	67 584	22 396	63 296	92 175	64 309	82 313	18 291	151 241	79 810	102 378
je 1000 Einwohner	3. Vj. 93	2. Vj. 93	74	54	123	46	108	134	121	84	36	119	158	170
		2. Vj. 93	74	56	122	47	110	139	122	86	37	120	160	171
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	3. Vj. 93	2 068	2 537	1 043	196	1 040	1 561	1 070	1 432	166	2 836	1 216	1 803
		2. Vj. 93	2 183	2 603	1 062	127	1 093	1 845	988	1 449	102	2 862	1 178	1 986
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	3. Vj. 93	2. Vj. 93	65	53	61	35	66	68	66	69	36	75	61	70
		2. Vj. 93	69	53	62	23	68	80	61	70	22	75	59	77
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 93	11 213	14 438	5 478	1 008	4 839	4 013	3 699	7 034	448	13 416	3 921	5 374
		2. Vj. 93	10 816	14 134	5 207	960	4 353	4 053	3 966	7 058	389	11 710	4 079	1 707
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 93	24 766	15 194	5 900	1 058	5 446	6 295	4 065	7 780	465	14 953	4 318	6 669
		2. Vj. 93	24 117	14 928	5 650	992	4 993	6 167	4 311	7 889	409	13 144	4 410	7 496
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 93	3 109	1 793	2 350	64	1 432	1 647	1 111	1 877	41	6 194	944	1 291
		2. Vj. 93	2 917	1 743	2 019	90	1 431	1 717	1 256	2 131	24	5 695	1 113	2 111
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	58	17	42	9	37	38	31	32	4	47	34	44
		2. Vj. 93	57	17	41	8	35	37	33	33	3	42	35	50
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	2. Vj. 93	3. Vj. 93	778	315	346	189	345	276	252	377	102	395	216	260
		3. Vj. 93	758	306	332	176	312	266	266	381	89	346	219	291
Bauhauptgewerbe³⁾														
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 93	17 066	50 101	7 300	8 822	9 156	13 058	6 263	10 061	8 629	24 853	9 367	10 598
		2. Vj. 93	16 856	49 360	7 377	9 188	9 121	12 873	6 218	10 277	8 135	24 671	9 261	10 531
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 93	1 083	2 437	423	385	470	604	373	493	336	1 304	414	621
		2. Vj. 93	974	2 101	307	373	471	591	321	503	290	1 239	389	611
Fremdenverkehr														
Gäste	1000	3. Vj. 93	583,4	815,0	116,0	133,4	240,8	449,3	126,0	329,5	88,3	812,5	207,7	157,5
		2. Vj. 93	570,9	846,2	119,5	137,2	244,1	411,6	141,1	318,5	98,6	753,9	207,9	161,1
Übernachtungen	"	3. Vj. 93	1 078,8	2 016,2	213,5	279,5	466,0	846,2	233,6	639,0	203,9	1 690,1	368,0	357,0
		2. Vj. 93	1 072,4	2 106,6	231,9	298,5	470,4	754,6	278,7	605,3	214,7	1 573,6	395,7	321,4
darunter von Ausländern	"	3. Vj. 93	276,4	549,2	52,0	38,3	181,6	503,4	64,9	266,7	32,1	783,5	99,6	129,1
		2. Vj. 93	264,5	532,2	50,8	29,2	188,0	436,6	82,8	214,0	21,5	634,1	85,4	88,7
Übernachtungen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	2 514	2 304	1 535	2 308	3 204	5 059	1 764	2 635	1 640	5 334	2 921	2 370
		2. Vj. 93	2 532	2 435	1 682	2 491	3 265	4 559	2 128	2 526	1 740	5 020	3 175	2 153
Straßenverkehr														
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 93	13 440	21 003	4 399	5 822	6 414	...	3 961	10 597	...	23 265	4 208	8 378
		2. Vj. 93	17 065	27 328	4 953	7 348	7 774	...	5 355	12 168	6 907	26 871	5 354	9 805
Steuer-einnahmen														
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 93	421	380	89	10	228	337	435	274	24	375	126	123
		2. Vj. 93	480	348	97	12	202	321	300	171	17	336	108	163
DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	2. Vj. 93	982	434	637	85	1 569	2 016	3 288	1 128	196	1 184	999	814
		2. Vj. 93	1 134	402	704	104	1 399	1 938	2 290	714	135	1 071	869	1 095
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 93	352	392	84	38	108	129	166	159	21	266	84	111
		2. Vj. 93	380	426	91	18	116	128	85	171	19	271	86	114
DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 93	2. Vj. 93	820	448	607	311	740	770	1 250	655	165	840	670	739
		2. Vj. 93	897	493	660	150	802	775	647	712	151	863	688	766

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einsch. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im September veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsentwicklung Februar 1994

Bevölkerungsentwicklung März 1994

Bevölkerungsstand und -entwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten, Stadt- und Ortsteilen 1993

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Juni 1994

Das Handwerk im 2. Vierteljahr 1994

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel Juni 1994

Großhandel April bis Juni 1994

Verkehr

Güterverkehr über See des Hafens Hamburg 1993 (Sonderbericht 1)

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1993 ist 265 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 12,- DM.

Hamburg – Daten und Informationen

In diesem jährlich in Deutsch und Englisch (Hamburg Facts and Figures) herausgegebenen Falblatt wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Falblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist

377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt (einschließlich der jeweils aktuellsten Nachträge) 15,- DM.

Hamburg in Karten

Der Atlas „Hamburg in Karten – 70 Themen der Volkszählung '87“ ist 1992 erschienen. Er enthält zahlreiche Informationen zur Sozialstruktur der Hamburger Stadtteile. Die Veröffentlichung besteht aus einem Schuber mit 70 lose eingelegten farbigen Stadtteilkarten und kostet 20,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)

- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989
- Heft 150 Produzierendes Gewerbe 1984 bis 1989
- Heft 151 Bundestagswahl am 2. Dezember 1990
- Heft 152 Die Arbeitsstättenzählung in Hamburg am 25. Mai 1987
- Heft 153 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 25. Mai 1987
– Landesergebnisse –
- Heft 154 Die Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Mai 1987
– Landes- und Bezirksergebnisse –
- Heft 155 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 25. Mai 1987 – Pendelwanderung –
- Heft 156 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 2. Juni 1991
- Heft 157 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 19. September 1993

Vertrieb der vorstehenden
Veröffentlichungen:

Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg
Sitz: Steckelhörn 12,
20457 Hamburg
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #

